

DEUTSCHE POLIZEI

JANUAR 2016 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



**AUCH
MENSCH**

POLIZEI IM SPANNUNGSFELD

POL



Auch die tapfersten Beschützer brauchen **zuverlässigen Schutz.**

Als Polizeibeamter sorgen Sie für Sicherheit. Aber wer sorgt für Ihre Sicherheit? Verlassen Sie sich am besten auf einen starken Partner – auf SIGNAL IDUNA. Die zur SIGNAL IDUNA Gruppe gehörende PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet Ihnen speziell auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittene Absicherungslösungen. Schließlich kennen wir die besonderen Risiken, die Ihr Dienst mit sich bringt. Informieren Sie sich jetzt!

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

TERRORISMUS



Foto: Mankus Uimer/dpa

„Auch wenn uns seit Langem bewusst ist, dass wir im Zielspektrum des internationalen Terrorismus stehen, so ist mit diesen Attentaten doch eine neue Stufe der Eskalation, eine neue Dimension terroristischer Gewalt erreicht“, analysierte BKA-Präsident Holger Münch auf der Herbsttagung des Bundeskriminalamtes.

Seite 11

FRAUEN



Foto: Annette Terweide

Zwangsheirat sei eine Menschenrechtsverletzung, gegen die nachdrücklich vorgegangen werden müsse, betonte die GdP-Bundesfrauenvorsitzende Dagmar Hölzl. Polizeiliche Prävention könne wertvolle Aufklärungsarbeit leisten und Hilfe für die Opfer bieten, sagte sie auf einer Pressekonferenz der GdP-Bundesfrauengruppe.

Seite 22

INTERN

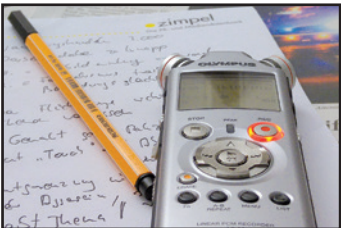


Foto: Zielasko

„Wir haben in den letzten 50 Jahren systematisch die Reputation staatlicher Sicherheitsorgane zerstört“, betonte Arbeitgeber-Präsident Peter Schmidt in einem Gespräch mit dem rheinland-pfälzischen GdP-Chef Ernst Scharbach.

Seite 31

- 2** **EUROCOP** „Austritt ist ein Neubeginn der europäischen Gewerkschaftsarbeit der Polizei“
- 4** **TITEL/JUNGE GRUPPE (GdP)** Polizisten sind keine Maschinen
- 8** **KAMPAGNE** Fröhliche „Kriminelle“ beim Start von „Wir brauchen Verstärkung“
- 10** **INNENMINISTERKONFERENZ** Neuer „Ankunftsausweis“ soll Flüchtlinge lückenlos begleiten
- 11** **TERRORISMUS** BKA-Tagung im Zeichen der aktuellen Terrorbedrohung
- 16** **FLÜCHTLINGE** Begrenzte Grenzenlosigkeit
- 18** **FREMDENFINDLICHKEIT** Eskalation rechtsextremistischer Militanz nach der Wiedervereinigung – Ein Rückblick
- 22** **FRAUEN** Gewerkschafterinnen wenden sich gegen moderne Form der Sklaverei
- 23** **MITBESTIMMUNG** GdP erstmals mit Deutschem Personalrätepreis ausgezeichnet
- 25** **STEUER-TIPP** Steuerlicher Abzug von Fahrtkosten und Verpflegungsmehraufwendungen bei Polizeivollzugsbeamten im Wach- und Wechseldienst
- 27** **BILDUNGSREISE** Bezirk BKA organisiert erste Bildungsreise – Ziel ist Israel
- 28** **INTERN** Redakteurstreffen in Geldern
- 30** **JUBILAR** Kein Rezept für 100 Lebensjahre
- 31** **DP-INTERVIEW** „Der notwendige Respekt gegenüber der Polizei ist in der Bevölkerung nicht mehr vorhanden“
- 33** **JU-JUTSU** Eigensicherung im Fokus – Das Polizeiseminar des Ju-Jutsu Verbandes Bayern
- 35** **PRÄVENTION** Erneut Auszeichnung für Anti-Alkohol-Initiative BOB
- 37** **FORUM**
- 38/40** **BÜCHER/IMPRESSUM**



„Austritt ist ein Neubeginn der europäischen Gewerkschaftsarbeit der GdP“

Von Jörg Bruchmüller

Ausgehend vom EuroCOP-Kongress 2011 in Barcelona hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) versucht, die auch mit ihrer maßgeblichen Hilfe gegründete Dachorganisation nationaler Polizeigewerkschaften stetig weiter voranzubringen. Sie gestaltete zu diesem Zweck bereits den damaligen Kongress inhaltlich mit zahlreichen Anträgen. Dabei war es der GdP ein großes Anliegen, EuroCOP für alle Kolleginnen und Kollegen der Mitgliedsorganisationen, die die Basis der Gewerkschaftsbewegung sind, stärker sichtbar zu machen.

Bereits 2011 vertrat die GdP vehement innerhalb von EuroCOP die Überzeugung, dass der Sitz der Organisation nach Brüssel verlegt werden müsse, mindestens jedoch dort ein Büro zu eröffnen sei. Nach wie vor steht es für die GdP außer Frage, dass die verstärkte Präsenz von EuroCOP durch die Mitglieder des Exekutivkomitees untrennbar mit einer Repräsentanz verbunden ist. Damit gehen eine verstärkte Sichtbarkeit und eine größere Einflussmöglichkeit innerhalb der europäischen Institutionen einher.

In den vergangenen vier Jahren haben wir GdP-Vertreter in EuroCOP beharrlich angeregt, dass die Dachorganisation zu aktuellen innenpolitischen Themen der EU öffentlich, auch bei Veranstaltungen und Foren Stellung nehmen muss. Damit hätte an die Veranstaltung zum Thema „Gewalt gegen die Polizei in Europa“ im Jahr 2010 in Madrid angeknüpft werden können. Leider hat es keine Veranstaltung von EuroCOP gegeben. Obwohl die herausragende Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit nach innen und nach außen von uns immer wieder hervorgehoben wurde, ist letztlich

festzustellen, dass auch die Herausgabe eines Newsletters, den die GdP ins Deutsche übersetzen ließ, zu wenig Aktivität bedeutet. Deutlich werden regelmäßige Presseerklärungen und gewerkschaftspolitische Statements in den öffentlichen Medien vermisst. Sowohl der Internet-Auftritt von Euro-

Anträge sowie die Nominierung von mir als Mitglied im Exekutivkomitee und Vizepräsident von EuroCOP ein. Mit diesen Initiativen sollten folgende Ziele erreicht werden: Einrichtung einer EuroCOP-Repräsentanz in Brüssel, die Beendigung der Zusammenarbeit mit einer Lobby-Agentur, die



Die GdP will mehr Einfluss auf die europäische Politik nehmen. Dazu braucht es Ansprechpartner wie den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, hier mit GdP-Bundeskassierer Jörg Bruchmüller.

Foto: Markus Teglas

COP als auch die Präsenz in den sozialen Medien sind nicht entscheidend verbessert worden.

Offensive Medienarbeit von vielen ablehnt

Vor dem EuroCOP-Kongress im November 2015 reichte die GdP drei

verstärkte Nutzung der Kompetenzen der Mitgliedsorganisationen zur Stärkung der gewerkschaftspolitischen Handlungsfähigkeit des Exekutivkomitees, die Beendigung der defizitären finanziellen Ausstattung von EuroCOP sowie die Implementierung eines starken Exekutivkomitees.

Bereits im Vorfeld des vom 16. bis 18. November in Dublin statt-



gefundenen EuroCOP-Kongresses zeichnete sich ab, dass die Formulierung aktueller gewerkschaftspolitischer Positionen wie zur brisanten Flüchtlingskrise innerhalb von EuroCOP nur äußerst schwierig umsetzbar ist. Die sozio-kulturellen Unterschiede innerhalb der Organisation sind offenkundig. Insbesondere die nordischen, die angelsächsischen und auch die iberischen Organisationen sind eher bereit, allgemeine Positionen zu suchen. Eine offensive Medienarbeit, die sich auch in kritischen Formulierungen gegenüber politischen Entscheidungsträgern zeigen würde, wird von vielen Organisationen abgelehnt.

Entscheidung zur Kündigung der Mitgliedschaft

Nach intensiver Diskussion über die Zukunft von EuroCOP haben sich die Mitglieder des Bundesvorstandes am 16. September daher nahezu einstimmig dafür entschieden, die Mitgliedschaft in EuroCOP zum 31. Dezember 2015 zu kündigen und dies transparent allen Mitgliedsorganisationen auch zu erläutern. Nahezu zeitgleich erklärten die Kollegen der holländischen Polizeigewerkschaft NPB und der schweizerischen Polizeigewerkschaft VSPB ebenfalls ihren Rückzug aus EuroCOP mit sehr ähnlichen Begründungen.

Im Vorfeld des EuroCOP-Kongresses sendeten dann aber insbesondere die Kollegen der dänischen Polizeigewerkschaft das Signal aus, dass die von GdP, NPB und VSPB eingereichten Kündigungen der Mitgliedschaften zu einer Neubewertung der inhaltlichen und personellen Fragestellungen führen sollte. Der Bundesvorstand reagierte auf diese neue Situation und stattete die GdP-Delegation mit einem weitgefassten Mandat aus.

Während des Kongresses am 16. November wurde jedoch folgendes überdeutlich – die sich an-

bahnende Spaltung EuroCOPs. Zwar konnte eine Mehrheit für die perspektivische Eröffnung eines Brüsseler Büros gewonnen werden, aber die notwendige personelle Perspektive war und ist nicht erkennbar. Am 17. November teilte der holländische Kollege Han Busker dem Kongress mit, dass er aufgrund des mangeln-

“ **Wir wollen und werden Einfluss auf die europäische Politik nehmen, und dies auch im Bewusstsein, dass die GdP die mitgliederstärkste Polizeigewerkschaft ist.**



den Willens zur offenen Debatte und zur Reform von EuroCOP seine Bereitschaft zur Präsidentschaftskandidatur zurückziehe. Dem vorangegangen war eine insbesondere aus den Reihen der angelsächsischen und belgischen Delegationen vorgetragene Debatte zur Integrität der Personen Busker und Bruchmüller sowie der sie tragenden Organisationen.

Austritt als logische Konsequenz

Da die GdP ihr Widerrufsmandat mit einer Präsidentschaft von Busker verband, war meine Ablehnung für die Nominierung zum Vizepräsidenten und somit der unwiderrufliche Austritt der GdP aus EuroCOP die logische Konsequenz. Der von den holländischen Kollegen erklärte Rückzug des NPB aus EuroCOP hat Bestand und wird zum 31. Januar vollzogen.

Der Bundeskongress der GdP hatte im November 2014 dem Bundesvorstand den Auftrag erteilt, die europäische Gewerkschaftsarbeit zu analysieren und fortzuentwickeln. In diesem Zusammenhang wird der Geschäftsführende Bundesvorstand die Anmietung einer Räumlichkeit

in Brüssel in naher Zukunft umsetzen. Darüber hinaus sind erste Planungen für gegebenenfalls zwei Veranstaltungen in diesem Jahr im europäischen Rahmen vorgenommen worden. Das Ziel ist, gemeinsam mit anderen europäischen Gewerkschaften Themen zu diskutieren, die einen klaren polizeipraktischen Bezug haben und bei denen wir Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen europäischen Staaten zum Gedankenaustausch zusammenbringen.

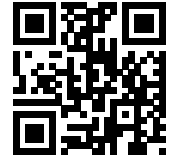
Keine vierte Dachorganisation

Wir wollen keine vierte europäische Dachorganisation im Polizeigewerkschaftsbereich gründen. Unser Ziel ist, selbstbewusst europäische Themen der Sicherheitspolitik und Fragen des Berufsalltags von Polizeibesetzten gemeinsam mit anderen zu beraten. Wir wollen und werden Einfluss auf die europäische Politik nehmen, und dies auch im Bewusstsein, dass die GdP die mitgliederstärkste Polizeigewerkschaft ist.

Wir sind der festen Überzeugung, dass wir die Mitgliedsbeiträge sinnvoll und nutzbringend einsetzen müssen. Deshalb war es auch auf der Basis des Bundeskongressbeschlusses nicht länger vertretbar, die Organisation EuroCOP finanziell zu unterhalten. Es ist besser, die zur Verfügung stehenden Mittel in erlebbare und Einfluss bringende Gewerkschaftsarbeit zu investieren. Die europäische Gewerkschaftsarbeit der GdP ist nicht beendet, sie fängt jetzt wieder richtig an.

Der Autor ist GdP-Bundeskassierer und ehemaliges Mitglied des EuroCOP-Exekutiv-Komitee.





Polizisten sind keine Maschinen – Polizei braucht Unterstützung

Von Kevin Komolka

**„Papa? Musst du jetzt zur Arbeit?“
„Ja, mein Schatz, und du musst jetzt ins Bett!“ „Fängst du heute Nacht wieder die Räuber?“ „Vielleicht fange ich heute Nacht auch ein paar Räuber.“ „Papa, weißt du, wenn ich groß bin, dann will ich auch mal Polizist werden und dann fange ich auch Räuber!“ „Dafür musst du aber erstmal groß werden und das schafft man nur mit viel Schlaf. Und wenn du ausgeschlafen hast, dann bin ich wieder zu Hause und bringe dich in den Kindergarten. Hoffe ich zumindest.“**

Ich verlasse das Kinderzimmer und verabschiede mich noch schnell von meiner Frau. Dann geht es in die dunkle Nacht. Auf der Dienststelle lege ich Uniform, Schutzweste und Koppel an, lade die Waffe durch, checke Handfessel und Pfefferspray, stecke die Handschuhe in die Hosentasche, verstau das Funkgerät und schnappe mir den Autoschlüssel. Der erste Einsatz lässt nicht lange auf sich warten. Häusliche Gewalt, Mann schlägt Frau, Kinder in der Wohnung. Blaulicht, Horn, enge Straßen, Gedanken sind fokussiert.



Foto: mm-pictures GmbH Gestaltung: karndesign

Ankommen, aussteigen, Treppe im Sprint bis zur Wohnungstür. Kindergeschrei, Frauengeschrei, Männergeschrei, ein Schlag, ein Treffer, noch mehr Geschrei, warm läuft das Blut die Wange herunter, ein Tritt, ein Messer, ein Kind steht im Weg. Plötzlich ein weiterer Schlag, das Kind stürzt, das Messer zielt in unsere Richtung, überall Geschrei und dann: Boden, Handfesseln, das Messer liegt im Hausflur. Es bleiben ein verletztes Kind und ein verletzter Beamter. Der Täter ist gestellt und festgenommen, die Notarzsirene ertönt.

Wir wurden beleidigt, verletzt und haben trotzdem geholfen. Die Gefühle sind gemischt, aber wir sind Profis. Das Wichtigste: Ich konnte mein Versprechen halten. „Wenn du ausgeschlafen hast, bin ich wieder zu Hause und bringe dich in den Kindergarten.“

AUCH MENSCH – Polizei im Spannungsfeld

Die Kampagne „AUCH MENSCH – Polizei im Spannungsfeld“ von der JUNGEN GRUPPE in der Gewerk-

schaft der Polizei (GdP) geht 2016 ins fünfte Jahr und hat sich längst in den Polizeialltag integriert. Kaum eine Folge des ARD-„Tatorts“ vergeht, ohne dass die bekannten Plakate mit den zweigeteilten Polizisten irgendwo im Hintergrund nicht zu sehen waren. Vielfach angeführt in Argumentationen um gerechte Arbeitsbedingungen, gesellschaftlichen Wandel und Gewaltanstieg gegenüber Polizistinnen und Polizisten erlangte die 2011 gestartete Kampagne einen hohen Stellenwert. Auch außerhalb der Polizei und der GdP.



Präsenter denn je

Derer Inhalte sind präsenter als je zuvor. Die Belastungsgrenzen unserer Kolleginnen und Kollegen sind längst überschritten. Viele polizeiliche Leistungen sind kaum noch zu erbringen oder stehen bereits hinten an. Aufgaben wie Terrorismusbekämpfung, Ermittlungen im Internet, die Bewältigung der Flüchtlingssituation, De-

mehr als noch 2011. Die Eröffnung der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main im vergangenen März mit 94 verletzten Polizistinnen und Polizisten hat ein Gewaltpotenzial kaum gekanntes Ausmaßes offenbart. Auch wenn die Gewalt gegenüber der Polizei bei Bundesligaspielen zurückgeht, nimmt sie in den unteren Ligen dramatisch zu.

Die Polizei als Vertreter des Staates verkommt immer mehr zum Fußab-

treter einer Politik überdrüssig gewordenen Gesellschaft. Der politische und gesellschaftliche Druck auf den Schultern unserer Kolleginnen und Kollegen nimmt stetig zu. Ein Hinterfragen polizeilicher Arbeit ist richtig, die deutsche Polizei unter Generalverdacht zu stellen aber nicht.

Oft abgestempelt

Die Polizei als Repräsentant des Staates, als „Personifizierung des Systems“ wird immer wieder zur Zielscheibe. Dabei vergessen die Täter scheinbar immer häufiger, dass es sich bei der Polizistin oder dem Polizisten auch um Menschen handelt. Fällt das Thema in der öffentlichen Diskussion, wird schnell die Argumentation in Richtung Polizeigewalt und die daraus resultierende Gewalt gegen Polizeibeamte laut. Dass es diese in Einzelfällen gibt, wird nicht bestritten. Doch verallgemeinert alle Polizistinnen und Polizisten als Gewalttäter abzustem-



Konfrontationslinie zwischen gewaltbereiten Demonstranten und den Einsatzkräften. Foto: Boris Roessler/dpa

peln, ist einfach falsch und darf auch nicht unkommentiert stehen gelassen werden. Die Aussage, dass alle Po-

monstrationsgeschehen, Begleitung von Fußballspielen – zum Teil bis in die untersten Ligen, sind aufgrund des Stellenabbaus in der Polizei nur noch mit größten Anstrengungen unserer Kolleginnen und Kollegen zu gewährleisten. Prall gefüllte Überstundenkonten in Millionenhöhe und zu kurz kommende Pausen setzen schon lange nicht nur ihre Gesundheit, sondern auch ihre Beziehungen aufs Spiel.

Fußabtreter

Die Gewalt gegenüber Menschen in Uniform nahm in den vergangenen fünf Jahren stark zu. Die 2011 erstmals



GdP-Vize Jörg Radek und Torsten Rohde von der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle legen letzte Hand an. Foto: Zielasko

in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) extra ausgewiesenen Zahlen, eine jahrelange GdP-Forderung, sprechen eine eindeutige Sprache. 62.770 Straftaten gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten in 2014 sind 7.927



lizeibeamtinnen und Polizeibeamte Menschen sind, ist hingegen unumstößlich richtig. Hinterhältige Angriffe auf Menschen, egal welchem Beruf sie nachgehen, sind nicht hinnehmbar. Der Respekt gegenüber der Polizei hat spürbar abgenommen.

Ramin Kalali, stellvertretender Bundesjugendvorsitzender und Leiter der AG AUCH MENSCH:

„Die Polizei wird vermehrt zum Feindbild für bestimmte Personengruppen. Dazu zählen nicht nur Bewegungen, die ihre Angriffe auf Einsatzkräfte mit politischen Motiven zu rechtfertigen versuchen, sondern auch jene, denen durch repressive Eingriffe vermeidliche Einschnitte in ihre persönliche Freiheit widerfahren sind.“

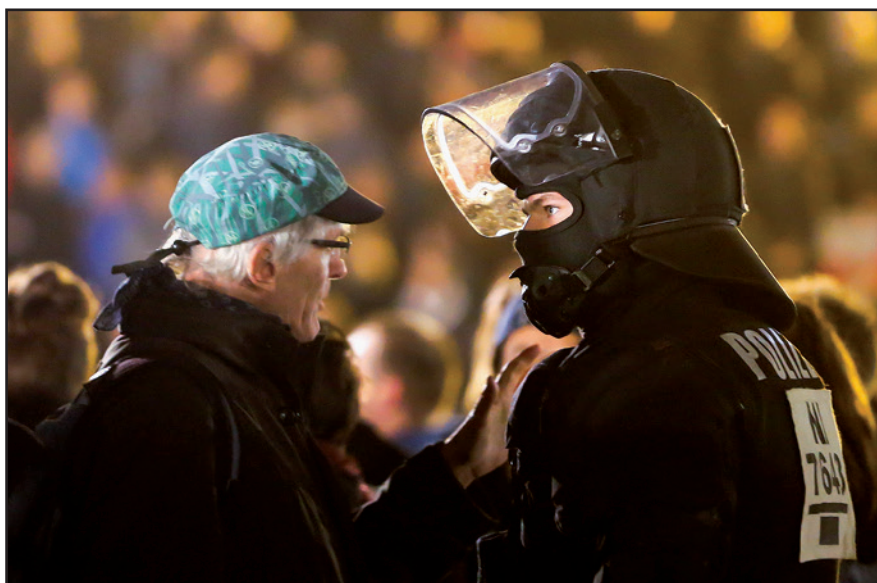


Ramin Kalali Foto: Georg Heinrich

Die Kampagne AUCH MENSCH soll einmal mehr deutlich machen, dass es sich bei unseren Kolleginnen und Kollegen um MENSCHEN handelt. Sie soll aufzeigen, dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte verletzlich sind. Da sie das Gewaltmonopol des Staates vertreten, bedürfen sie eines besonderen Schutzes. Es muss ein Umdenken stattfinden, der Arbeitgeber selbst, Politik und Bevölkerung müssen sich hinter ihre Polizei stellen.“

Kampagne mit Anspruch

Die Entwicklungen in der Vergangenheit hatten die 14. Bundesjugendkonferenz 2014 dazu bewogen, alle Anträge anzunehmen, die sich



Demonstranten und Polizei auf Gesprächskurs.

Foto: Jan Woitas/dpa

mit der Fortentwicklung und Weiterführung der Kampagne „AUCH MENSCH – Polizei im Spannungsfeld“ beschäftigten. Umgehend nahm sich der Geschäftsführende Bundesjugendvorstand dieses sehr wichtigen und dringenden Anliegens an und setzte eine Arbeitsgruppe ein, die sich seitdem sehr intensiv mit der Weiterentwicklung der Kampagne beschäftigte.

Schnell war allen Beteiligten klar, dass die Kampagne mehr umfassen soll als zwei neue Plakatmotive – das Internet muss eine größere Rolle bei der Verbreitung spielen. Mit diversen Videoclips und einer eigenen Homepage will die Kampagne diesem Anspruch fortan gerecht werden.

zusetzen war eine Herausforderung. Die ursprüngliche Variante von 2011 war in ihrer Umsetzung zeitlos und brachte die Kernbotschaft schlagkräftig rüber. Von Anfang an kam für uns nicht in Frage, die Kampagne einfach nur fortzuführen. Wir wollten diese neu aufleben lassen und das ging unserer Meinung nach nur mit einem komplett neuen Konzept. Ein knappes Jahr haben wir nun gebraucht, die Kampagne zu entwickeln und umzusetzen. Und nur durch die zahlreichen Unterstützer aus den eigenen Reihen war dies möglich. Mit dem Ergebnis sind wir sehr zufrieden.“

Dauerthema

Kernbotschaft

Der stellvertretende Bundesjugendvorsitzende sagte: „Die Kampagne fort-

Und Komolka ergänzte: „Die Weiterführung der Kampagne ist eines der wichtigsten Projekte, das wir in unserer Amtsperiode umsetzen wollten. Das Dauerthema Gewalt gegen Polizeibe-

Dietmar Schilff, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender:

„Leider gehört das Erleben von Gewalt inzwischen zunehmend zum Berufsalltag von Polizistinnen und Polizisten. Mit ihrer Kampagne „AUCH MENSCH – Polizei im Spannungsfeld“ trägt die JUNGE GRUPPE (GdP) eines unserer wichtigsten Themen in das öffentliche Bewusstsein und zeigt, dass sie die Sorgen und Bedürfnisse der Kolleginnen und Kollegen ernst nimmt. Auch wenn wir uns freiwillig für diesen Beruf entschieden haben, haben wir dies sicherlich nicht in dem Selbstverständnis getan, regelmäßig bespuckt, bepöbelt, beleidigt, beworfen und verletzt zu werden. Die Grenzen des Erträglichen sind überschritten. Gewalt gegenüber Polizistinnen und Polizisten darf nicht toleriert werden.“



Sabrina Kunz, ehemalige GdP-Bundesjugendvorsitzende:



Foto: GdP/Hagen Immel

„Mit der Weiterentwicklung der Kampagne ‚Auch Mensch – im Spannungsfeld zwischen Politik und Gesellschaft‘ signalisiert die JUNGE GRUPPE (GdP), dass das Thema aktueller ist denn je. Dass sich die Gesellschaft so rasant verändert und dies auch auf die Arbeit der Polizei in diesem Maß Auswirkungen nehmen kann, war uns mit dem Start der Kampagne vor einigen Jahren so nicht bewusst.“

Umso wichtiger erscheint es, auch in scheinbar alltäglichen Situationen immer wieder dahingehend zu sensibilisieren, dass Polizistinnen und Polizisten zwar einen dienstlichen Auftrag haben, sie aber auch Menschen sind, welche in ihrer Würde ebenso unantastbar sind und eine eigene Meinung haben.“

amte und die bisher wenigen Initiativen seitens der Arbeitsgeber beziehungsweise die fehlende Unterstützung, beispielsweise der eigene Schutzparagraf im Strafgesetzbuch (StGB) für Polizeibeamte, haben uns dazu veranlasst das Projekt noch größer aufzubauen. Wir wollen erreichen, dass das Problem des Gewaltanstiegs gegenüber Polizeibesetzten noch stärker in den öffentlichen Fokus gerät, um so hoffentlich auch endlich die Arbeitgeberseite davon zu überzeugen, dass etwas zum besseren Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen getan werden muss.“

Lebensqualität

Gerade in der heutigen Zeit ist das subjektive Sicherheitsgefühl eines jeden Einzelnen ein Merkmal für Lebensqualität. Die JUNGE GRUPPE (GdP) fordert mehr Sicherheit für alle diejenigen, die sich für diese Lebensqualität einsetzen. Und das kann nur gelingen, wenn die personelle, materielle sowie die finanzielle Ausstattung der Polizei stimmt. Davon sind wir allerdings noch weit entfernt. Polizistinnen und Polizisten sind keine ersetzbaren Maschinen, auch sie haben Familie, Freunde, Bekannte, die sich um sie sorgen.



Junge-Gruppe-Chef Kevin Komolka und der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Dietmar Schilff vor der finalen Freigabe der Plakate.

Foto: Christian Hoffmann



Fröhliche „Kriminelle“ beim Start von „Wir brauchen Verstärkung“

TV-Teams von RBB bis RTL, Kolleginnen und Kollegen in leuchtenden Warnwesten, mobile Plakatwände und fröhliche „Kriminelle“ mit haarsträubenden Forderungen – es war einiges los an diesem herbstlichen Montagvormittag Ende November in der Hauptstadt. Provozieren und laut sein wollte die GdP, um auf den Personalnotstand bei der Polizei aufmerksam zu machen. Und genau das ist ihr gelungen.

Als die GdP den Startschuss für ihre Kampagne „Wir brauchen Verstärkung“ am Brandenburger Tor in Berlin gab, spielte das Wetter mit. Es blieb weitgehend trocken. Erst am Ende der Auftakt-Aktion fielen ein paar Schneeflocken an einem nasskalten Tag. Aber da waren die Bilder schon im Kasten, die letzten Interviews gegeben – die

Bundespolizei und für die Kolleginnen und Kollegen vom Bundeskriminalamt. „Wohnungseinbrüche, zunehmende Internetkriminalität, Gewalt bei Demonstrationen, organisierte Kriminalität – die Probleme nehmen zu. Die Polizei erfüllt ihre Aufgaben, aber so wie es jetzt ist, kann es nicht weitergehen. Wir brauchen nicht weniger, sondern

Polizisten, das ist ja offensichtlich. Aber den Personalmangel haben wir nicht wegen der Flüchtlinge oder der neuen Terrorgefahren. Wir haben dieses Problem auch nicht erst seit ein paar Wochen oder Monaten. Wir leiden seit Jahren unter einem chronischen Personalmangel bei der Polizei und dieser Mangel ist hausgemacht.“ Auch ohne Flüchtlinge und ohne Terror hätte die Polizei zu wenige Leute und die Kampagne sei schon geplant gewesen, als vom Flüchtlingsstrom oder IS-Terror in Europa noch keine Rede war, betonte Radek.

Hingucker der Aktion und Futter für die Kamerateams waren die Komparsen, die sich als Hooligans, Mafiosi und Einbrecher verkleidet hatten. Mit Sprechchören und Pappschildern dankten sie den Innenministern für die Kürzungen bei der Polizei und forderten weitere Sparmaßnahmen. Fröhliche „Kriminelle“ demonstrieren für weniger Polizei – nicht nur für die Gewerkschaft der Polizei eine „Weltpremiere“, wie Radek augenzwinkernd feststellte. Und auf jeden Fall überraschend für die TV-Teams, die sich über ungewöhnliche Bilder für ihren Nachrichtensendungen freuten.

Ungewöhnlich sind auch die Plakattotive der Kampagne, die bei der Auftakt-Aktion vorgestellt wurden. Und sie haben genügend Aufmerksamkeit erzielt, um es in die ProSieben-Sendung „TV total“ von Stefan Raab zu schaffen. Der scheidende Entertainer witzelte über die Plakat-Slogans, machte harmlose Späßchen über die Polizei und mokierte sich über Polizeikontrollen im Internet. Vor allem tat er der GdP den Gefallen, dabei die Plakattotive fast ununterbrochen einzublenden und der Kampagne damit eine ungeahnte Reichweite zu verschaffen. So hat Raab auf der Zielgeraden seiner TV-Karriere noch einmal Gas gegeben für mehr Personal bei der Polizei.

Die mediale Berichterstattung zeigte auch auf der Kampagnen-Website Wirkung. Innerhalb von nur einer Woche nach dem Start informierten sich fast 11.000 Nutzer auf der Seite über die Forderungen der GdP, im Durchschnitt lasen und klickten sie sich fast eine Minute lang durch das Kampagnenportal – sehr gute Werte für eine neue Website. Auch die Landes- und Bundespolitikerinnen und -politiker bekamen die neue Kampagne zu spüren: mehr



GdP-Fahnen vor dem Brandenburger Tor begleiteten den Kampagnenaufakt.

Foto: GdP/Hagen Immel

Kampagne für mehr Personal und Sicherheit war gestartet.

„Achtung, Achtung! Hier spricht die Gewerkschaft der Polizei!“ Mit diesen Worten eröffnete der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek seine Rede, in der er deutlich machte, dass die Polizei am Limit sei. Das gelte für die Landespolizeien, die

mehr Polizistinnen und Polizisten“, forderte Radek.

Auch die Flüchtlingssituation und die aktuelle Terrorbedrohung sprach der GdP-Vize an, um das Missverständnis auszuräumen, hier lägen die Ursachen für den Personalmangel: „Natürlich sind die Asylsuchenden und die Terrorbedrohung zusätzliche Belastungen für die Polizistinnen und

 **KAMPAGNE**

als 10.000-Mal wurde eine Mail an sie verschickt mit der unmissverständlichen Aufforderung, mehr Polizisten und Polizisten einzustellen. Und die Kampagne hat erst begonnen. Nach dem Auftakt in der Hauptstadt rücken nun die Bundesländer in den Fokus.

Klaus Harbers

www.wir-brauchen-verstaerkung.info



Kaum Polizei zu sehen: Da lachen sich die Kriminellen doch ins Fäustchen. Fotos (4): GdP/Hagen Immel



GdP-Vize Jörg Radek erfüllte zahlreiche Interviewwünsche.

Beim Kampagnen-Start dabei waren Dietmar Schilff, Jörg Bruchmüller, Arnold Plickert, Kerstin Philipp und Clemens Murr, allesamt Mitglieder des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes.



Auch GdP-Bundeskassierer Jörg Bruchmüller und Vorstandskollege Arnold Plickert gaben sogenannte O-Töne.



Neuer „Ankunftsausweis“ soll Flüchtlinge lückenlos begleiten

Die Herbsttagung der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) mit Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière Anfang Dezember in Koblenz war geprägt von dem Bemühen, die oft unkontrollierte Einreise tausender Flüchtlinge und Asylsuchender und ihren Aufenthalt wieder in den Griff zu bekommen, sie in den Ländern und Kommunen menschenwürdig unterzubringen und die Entscheidungen, wer bleiben kann und wer das Land wieder verlassen muss, erheblich zu beschleunigen.

Künftig soll wieder in jedem einzelnen Fall überprüft werden, welche Art von Schutz syrische Bürgerkriegsflüchtlinge erhalten: den Flüchtlingsstatus nach der Genfer Konvention, politisches Asyl oder lediglich einen „subsidiären“ Schutz. Der IMK-Vorsitzende und rheinland-pfälzische Innenressort-Chef Roger Lewentz sagte: „Wir halten die Einzelfallprüfung auch aus Sicherheitsaspekten für sinnvoll. Klar ist aber auch, dass das Recht auf Schutz für Menschen, die aus Kriegsgebieten fliehen, davon unangetastet bleibt. Außerdem darf die Einzelfallprüfung nicht zu längeren Verfahren führen.“ Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier, Sprecher der Unions-geführten Innenressorts, unterstrich: „Damit dieses Recht auch in Zukunft unangetastet bleibt, ist es notwendig, die Menschen herauszufinden, die sich in unlauterer Absicht mit falschen Identitäten und falschen Pässen Zugang zu unserem Sozialsystem verschaffen.“

Ein neuer „Ankunftsausweis“ soll einen lückenlosen Verfolgungsnachweis für jeden Flüchtling ermöglichen, von der Ankunft über die Asylgewährung bis zur Integration in den Arbeitsmarkt. „Die Geschichte mit den Schwundquoten und Selbstzuweisungen von Flüchtlingen hat ein Ende“, sagte de Maizière.

Der fälschungssichere Ankunftsnachweis, der auf einen Vorschlag des IT-Planungsrates zurückgeht, soll auf einem einheitlichen Datenbestand in einem Kerndatensystem beruhen, das von einem Ersterfassungssystem gespeist wird. Ein „Datenaustauschverbesserungsgesetz“ soll regeln, wie Sozialdaten und biometrische Daten so gespeichert werden können, dass Sozialbehörden, Nachrichtendienste und Polizei darauf zugreifen können.

„Von allen, für alle“, so der Bundesinnenminister zu dem geplanten Personaldokument. Nach seiner Vorstellung sollen auch staatliche Leistungen an diesen Ausweis geknüpft werden.

Hermetisch abgeriegelt

Die gegenwärtige terroristische Bedrohung prägte auch das Treffen der Länderchefs. Ihr amtierender Vorsitzender Lewentz versicherte, dass die



(v.l.) Lorenz Caffier, Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern und Sprecher der Unions-Ressortchefs, IMK-Vorsitzender Roger Lewentz, Innenminister von Rheinland-Pfalz, Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière und Ralf Jäger, Innenminister Nordrhein-Westfalens.

Foto: Holecsek

Sicherheitsbehörden der Länder und des Bundes für den Kampf gegen den Terrorismus gut gerüstet seien. „Unsere Polizei und der Verfassungsschutz werden dennoch alles tun, um unsere Bevölkerung effektiv zu schützen.“ Zumindest die Innenministerkonferenz war gut beschützt. Zwar gab es in Koblenz keine Scharfschützen oder zugeschweißte Gullydeckel, doch schützten rund 1.000 Einsatzkräfte

die Länderchefs bei ihrer Tagung in der hermetisch abgeriegelten Rhein-Mosel-Halle. Pressevertreter und andere Besucher mussten Personen- und Taschenkontrollen passieren.

Neue Qualität der Bedrohung

Zu einem endgültigen Ende der Diskussion um einen möglichen Einsatz der Bundeswehr im Innern, wie es die Gewerkschaft der Polizei gefordert hatte, konnten sich die Innenminister und -senatoren dann doch nicht durchringen. Das hatte Lewentz wohl etwas zu vorschnell verkündet, als er feststellte: „Alle 16 Innenminister sind der Meinung, dass wir alleine mit der Polizei Attentate abwehren können“. Dem widersprach unterdessen Caffier: „Da ist die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen“, sagte der Mecklenburger CDU-Innenminister. Beispielsweise besitze die Bundeswehr technische Gerätschaften, die weder in der Länderpolizei noch in der Bundespolizei vorhanden seien. „Durch die neue Qualität der terroristischen Bedrohung können wir es uns nicht

leisten, im Ausnahmefall auch auf die bei der Bundeswehr vorhandene Technik oder spezielles Know-how zu verzichten. Darüber sollten wir uns weiter unterhalten.“

Zu lange Asylverfahren

Einig waren sich die Länderchefs hingegen in ihrer Unzufriedenheit



INNENMINISTERKONFERENZ

über die Bearbeitung von Asylanträgen durch das Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und über den Auftritt seines Chefs, Frank-Jürgen Weise. Der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger nannte ihn „weitgehend enttäuschend, in manchen Teilen sogar erschreckend“. Weise habe nicht sagen können, wie viele Bescheide in diesem Jahr erstellt werden könnten. Zurzeit würden 1.600 Anträge pro Tag bearbeitet, bei über 3.000 Neuanrückmümlingen. Im Augenblick gebe es schon einen Rückstand von 300.000 nicht bearbeiteten Anträgen. Dazu kämen noch mehrere hunderttausend Flüchtlinge, bei denen die

Verfahren noch gar nicht begonnen hätten. Es dauere oft acht Monate, bis das Asylverfahren beginne, so Jäger. Er befürchte einen Stau von einer Million Anträgen zum Ende des Jahres. Auch der dem BAMF zugesicherte Zuwachs von rund 4.000 Stellen konnte die Innenminister nicht optimistischer stimmen, da die Entscheider laut Weise erst im April eingearbeitet werden seien und ihre Arbeit aufnehmen könnten. Die Minister forderten den BAMF-Chef auf, Schicht- und Wochenendarbeit einzuführen. Lewentz: „Das machen wir in den Ländern auch und so arbeitet schließlich auch die Polizei.“

hol

TERRORISMUS

BKA-Tagung im Zeichen der aktuellen Terrorbedrohung

Selten traf das Motto einer internationalen Tagung so genau die politische Lage wie bei der diesjährigen Herbsttagung des Bundeskriminalamtes (BKA). Unter der Überschrift „Internationaler Terrorismus: Wie können Prävention und Repression Schritt halten?“ traf sich die deutsche und internationale Sicherheits-Community Mitte November in Mainz. Die Präsenz der BKA-Sicherheitsbeamten, die eine Maschinengewehrtrugen, verdeutlichte, dass auch die Sicherheitslage in Deutschland sehr angespannt war. Die verheerenden Anschläge von islamistischen Terroristen in Paris hatten fünf Tage zuvor für Trauer, Entsetzen, aber zugleich für Entschlossenheit in der Welt gesorgt. „Auch wenn uns seit Langem bewusst ist, dass wir im Zielspektrum des internationalen Terrorismus stehen, so ist mit diesen Attentaten doch eine neue Stufe der Eskalation, eine neue Dimension terroristischer Gewalt erreicht“, analysierte BKA-Präsident Holger Münch in seiner Eröffnungsrede.

Nur einen Tag zuvor war nach sich verdichtenden Gefährdungshinweisen das Fußball-Länderspiel zwischen Deutschland und Holland in Hannover abgesagt worden. Die dramatischen Stunden waren für alle Bürgerinnen und Bürger nahezu live im Fernsehen verfolgbar und hatten selbstverständlich auch Auswirkungen auf die BKA-Herbsttagung. „Nach allem, was wir bisher wissen, war Paris das Ergebnis oder Teil einer koordinierten Anschlagsserie des sogenannten Islamischen Staates (IS). Sollte sich das bewahrheiten, wäre

dies der erste durch den IS gesteuerte Anschlag in West-Europa, aber vermutlich nicht der letzte. [...] Vor diesem Hintergrund hatten wir gestern eine schwierige Entscheidung zu treffen“, betonte Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière in seiner Ansprache.

Der Minister informierte darüber, dass sich im Laufe des Abends vor dem Fußballspiel Informationen so verdichtet hätten, dass man von einem bevorstehenden Anschlag hätte ausgehen müssen. Man habe

COP® SPECIALS
Januar / Februar 2016
**Gültig vom 20.12.2015 bis 29.02.2016

**MIT SHOPS IN BERLIN
FRANKFURT · LEIPZIG
MÜNCHEN · WIEN**

1 **Under Armour®**
Infrared Convex
Handschuh ColdGear®
Art.-Nr. UA12494375-Größe
Farbe: schwarz; Größen: S - XL;
Material: 100% Polyester. Warmer,
gefütterter Fleecehandschuh mit
"Infrared"-Innenfutter und wasser-
abweisender STORM-Imprägnierung. Mit Touchscreen-Funktion.

Aktionspreis**
€ 29,90
statt 49,95*

2 **Taschenlampe**
COP® 8503N3 LED
Art.-Nr. 18503N3
Cree® XP-G2 LED Leuchtmittel.
Arretierbarer Schalter. Länge: 12,9 cm
Durchmesser: 2,7 cm Körper, 3 cm Kopf

LED
300 Lumen

Aktionspreis**
€ 29,90
statt 54,95*

3 **Einsatzstiefel**
adidas® GSG9.7
Art.-Nr. 85G62307-Größe UK
Farbe: schwarz
Größen: (EU 36 - 50), UK 3,5 - 14
Verfügbar in 1/2 Größen
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 600 g

Aktionspreis**
€ 119,90
statt 139,95*

4 **Handschuh**
COP® SGXN TS
Art.-Nr. 3205GXNNTS-Größe
Größen: XS - 3XL
Farbe: schwarz
Außenmaterial: 55% Ziegenleder,
25% Elasthan, 20% Polyamid
Innenmaterial: 100% Polyäthylen
Der ARMOR-TEX® Innenhandschuh
schützt die Hand rundum von Schnitt-
verletzungen

Aktionspreis**
€ 49,90
statt 89,95*

Abriebfestigkeit: Kategorie 3
Schnittfestigkeit: Kategorie 5
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4
Durchstichfestigkeit: Kategorie 4

5 **Under Armour® Tactical**
Stehkragen Mock-Shirt
Art.-Nr. UA12443930-Größe (oliv)
Art.-Nr. UA1244393N-Größe (navy)
Art.-Nr. UA12443935-Größe (schwarz)
Größen schwarz, navy: S - 2XL; oliv: S - 3XL
Material: 89% Polyester, 11% Elasthan
Langärmeliges, hochfunktionelles Lang-
garnshirt mit ColdGear® Technologie,
das den Körper in kalten Tagen warm
und trocken hält.

Aktionspreis**
€ 49,90
statt 89,95*

6 **Under Armour® Tactical**
Sturmhaube Infrared ColdGear®
Art.-Nr. UA1244401-5
Farbe: schwarz, Einheitsgröße
Material: 87% Polyester,
13% Elasthan
Sturmhaube aus wärmendem
ColdGear®. Das Material leitet
Feuchtigkeit vom Körper ab.

Aktionspreis**
€ 19,90
statt 29,95*

40 l

7 **Polizeiausrüstungs-**
tasche COP® 903
Art.-Nr. 903 BAG-2
Volumen: 40 l; Farbe: schwarz
Material: 100% Polyester
Außenmaße: 56 x 24 x 32 cm (L x B x H)
Innenmaße: 48 x 20 x 30 cm (L x B x H)
Befestigungsmöglichkeit
für Aufschriften. Reißfestes,
hochwertiges Polyester.

Aktionspreis**
€ 59,90
statt 74,95*

* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. ** ehemaliger Verkäuferpreis
** Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Dezember 2015 bis 29. Februar 2016

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de



Der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, im Fokus der Kameras.

Foto: Fredrik von Erichsen/dpa

gegen die eigentliche Absicht, zum Schutz des Lebens und der Sicherheit vieler Tausender Menschen, die bittere Entscheidung gemeinschaftlich getroffen, dem veranstaltenden Land Niedersachsen zu empfehlen, dieses Fußballspiel abzusagen. „Die Zusammenarbeit insgesamt, zwischen den handelnden Personen, aber auch den Polizeikräften und den Sicherheitskräften in diesen Tagen war sehr gut. Nun gibt es eine Debatte: Wie gehen wir mit der Öffentlichkeit um. Ich will ganz kurz dazu noch mal meine Position erörtern. Wir können nicht jeden Hinweis dieser Art in der Öffentlichkeit diskutieren. Weder vor einer Lage, erst recht nicht während einer Lage, auch nicht durch Presseaktivitäten und meistens auch nicht nach einer Lage“, stellte der Innenminister klar.

Nachrichtendienste

De Maizière ging auf Aspekte der Zusammenarbeit auf internationaler Ebene ein und betonte die überragende Wichtigkeit einer vertrauens-

vollen Kooperation. Ein nicht unwesentlicher Teil der Hinweise komme von ausländischen Nachrichtendiensten, und es bestünde weiterhin die Absicht, diese Hinweise auszuwerten. „Darunter sind auch welche von Staaten, die nicht in jeder Weise unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung entsprechen. Und trotzdem ist eine solche Zusammenarbeit der Dienste, unter Wahrung dessen, was wir rechtsstaatlich für richtig halten, im Interesse der Sicherheit unseres Landes dringend geboten“, sagte der Minister wörtlich.

Terror-Finanzierung unterbinden

Neben der aktuellen Lageeinschätzung betonte der Innenminister zugleich die notwendigen Anstrengungen, um dem Terrorismus Basis- und Entfaltungsmöglichkeiten zu entziehen. So seien gemeinsame Regeln, die die Finanzierung von Terrorismus unterbinden sollen, unbedingt erforderlich. Solche Regeln hätten die G20-Staaten bereits im Blick und in

Europa träfen sich zu diesem Punkt die Innen- und Justizminister. Auf dieser Ebene müsse auch das Abkommen über europäische Fluggastdaten vorgebracht werden.

Es sei besonders wichtig, die Bewegung von Terroristen von Europa in Krisenregionen und wieder zurück genau nachvollziehen zu können, forderte de Maizière. Gleichwohl warnte er vor überzogenen Erwartungen. Polizeikräfte könnten trotz bester Ausstattung, trotz umfangreicher Befugnisse und trotz engagierten Einsatzes nicht überall sein. Es gäbe keinen absoluten Schutz, und hundertprozentige Sicherheit werde es in einer offenen und pluralistischen Gesellschaft niemals geben.

Prävention im Vordergrund

Nachdem sich das BKA in seinen Herbsttagungen in den vergangenen Jahren mit neuen Ansätzen der Terrorismusbekämpfung in organisatorischer und justizieller Hinsicht



auseinandergesetzt hatte, standen diesmal die Aspekte der Prävention im Vordergrund. Dabei schlug BKA-Präsident Münch einen weiten Bogen, bei dem er auch die Herausforderung durch steigende Flüchtlingszahlen einbezog. Vor dem Hintergrund der Debatte um den Umgang mit Flüchtlingen erlebe man gleichzeitig eine deutliche Mobilisierung und Radikalisierung der rechten Szene mit Auswirkungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft, mahnte er. „Wir müssen somit künftig mit sehr viel intensiveren Wechselwirkungen zwischen extremistischen Szenen rechnen. Neben der Verhinderung von Gewalttaten und Anschlägen einzelner extremistischer Täter wird es also auch vor allem darum gehen, eine Eskalation zwischen radikalisierten Szenen zu verhindern“, forderte Münch. Nach seiner Auffassung würden repressive Ansätze allerdings nicht ausreichen. Man müsse der wachsenden Zahl radikalisierter Personen gegensteuern und bräuchte in weitaus größerem

Umfang als bisher Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen.

Besondere Verantwortung der Muslime

Dieser Forderung des seit einem Jahr im Amt befindlichen BKA-Chefs schloss sich die GdP an. Allerdings sieht die GdP insbesondere auch die Gemeinschaft der Muslime in einer besonderen Verantwortung. „Imame und das seelsorgerische Personal in Moscheegemeinden müssen ihren religiösen Einfluss ausüben und insbesondere junge Menschen gegenüber Rekrutierungsversuche der Islamisten immun machen“, sagte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek. „Auch in Deutschland muss es gelingen, einmütig der religiösen Zulässigkeit von Selbstmordattentaten zu widersprechen und die Heilserwartungen und Belohnungen für Mord und Totschlag im Paradies als unislamisch brandmarken“, betonte der GdP-Vize.

Frühzeitige Intervention

Die Präventionsarbeit im Bereich des gewaltbereiten Islamismus steht vor zahlreichen Herausforderungen. So gäbe es keine allgemein zugängliche Datenquelle über militante Islamisten, die sich in Europa Al-Qaida oder dem IS anschließen, weswegen eine quantitative Analyse nur schwer durchführbar sei, konstatierte Professor Dr. Olivier Roy von der European University Institute in San Domenico, Italien. Gleichwohl sei es gelungen, nahezu alle individuellen Lebensgeschichten von islamistischen Terroristen zu rekonstruieren, die einen Anschlag verübt haben. Gleiches gelte für sehr viele islamistische Kämpfer, die in das Visier polizeilicher Ermittlungen geraten seien. Es zeige sich ein klares Bild, die individuelle Radikalisierung habe offenbar mehr mit individuellen Lebenswegen zu tun, als mit der Radikalisierung einer ganzen Gemeinschaft. >

Anzeige



IWA
OUTDOOR CLASSICS 2016
High performance in target sports, nature activities, protecting people
4.-7.3.2016
Nürnberg, Germany
www.iwa.info

ENFORCE TAC
International Exhibition & Conference
Law Enforcement, Security and Tactical Solutions
enforcetac.com

2.-3.3.2016
NÜRNBERG GERMANY
49° 25' 2" N, 11° 6' 54" O

NÜRNBERG MESSE

Personen unter 18 Jahren sowie Privatpersonen haben keinen Zutritt. Legitimation erforderlich.



Aus diesem Grund sei eine frühzeitige Intervention mit Instrumenten der Deradikalisierung erfolgversprechend. „Auch wenn in ganz Europa gemeinsame allgemeine Muster bestehen, sind diese doch je nach Land unterschiedlich ausgeprägt. Beispielswei-

be, dass solche Personen sehr häufig über ein sehr geringes Islamwissen verfügten. Diese Personen hätten eine gewaltbereite religiöse Mystik der islamischen Theologie gleichgesetzt. Aus diesem Grund würde bei diesen Tätern nicht die Theologie im Vordergrund,

Islam zur Grundvoraussetzung. In der Auseinandersetzung von Radikalismus bedrohten insbesondere Jugendlichen und jungen Erwachsenen komme es darauf an, klare Orientierungen im Sinne einer freiheitlich demokratischen Grundordnung zu vermitteln. Der Anspruch jedes Einzelnen, selbstbestimmt, kritisch reflektierend und trotzdem religiös motiviert, ein akzeptiertes Leben in der deutschen Gesellschaft zu führen, stünde den Aussagen von Radikalisierern total gegenüber. Gewaltbereite Islamisten seien für verunsicherte junge Menschen deshalb attraktiv, weil diese Szenen und die darin agierenden Personen Halt, Identität und Orientierung geben. Genau dies müsse aber von der deutschen Gesellschaft ausgehen, um in einem langwierigen Prozess deradikalisierend zu wirken.



Das leere Rund der HDI-Arena in Hannover nach dem abgesagten Testspiel der deutschen Nationalmannschaft gegen die Niederlande Mitte Oktober.

Foto: Pressefoto ULMER/Markus Ulmer/dpa

se haben in Frankreich nur wenige Radikale Verbindung zu einer Moschee, wohingegen in Österreich das Gegenteil zu sein scheint“, informierte Professor Roy. Darüber hinaus wies der Wissenschaftler auf einige außergewöhnliche Daten hin. Der ungewöhnlich hohe Anteil von Konvertiten sei systematisch übersehen worden, da er den Gedanken widerspreche, dass die Radikalisierung Einzelner die Radikalisierung einer frustrierten islamischen Gemeinschaft widerspiegle.

Ein wichtiger Beweggrund für junge Männer, in den Dschihad einzutreten, bestünde in der Faszination, die von dem Mythos einer kleinen Bruderschaft außergewöhnlicher Kämpfer ausgehe. Dieser Mythos werde auch durch Elemente der Jugendkultur, unter anderem von äußerst gewaltverherrlichten Videospielen, unterstützt. Besonders auffällig sei, dass die Analyse des Lebensweges von Selbstmord-Attentätern und hoch gewaltbereiten Kämpfern ergeben ha-

sondern die unbedingte Religiosität im Vordergrund stehen. Derart radikalisierte Personen würden im Dschihad auch nicht Verbindung zu einer realen muslimischen Gesellschaft in Syrien oder in Jemen aufnehmen. Die Schlussfolgerung sei für Professor Roy klar: „Es ist unsinnig, einen moderaten Islam zu fördern, um Radikale zum herkömmlichen Islam zurückzubringen. Sie lehnen Mäßigung grundsätzlich ab“.

Heldenmythos entlarven

Professor Roy und der Sozialarbeiter Thomas Mücke, Geschäftsführer der Beratungsstelle KOMPASS-Violence Prevention Network, weisen aber auch Wege der Deradikalisierung auf. Der Wissenschaftler und der Praktiker betonen, wie wichtig es ist, den Heldenmythos und die Erfolgsgeschichte eines vermeintlich unbesiegbaren IS zu entlarven. Dabei gehöre das Wissen über die wirklichen Grundwerte des

Kein abgestimmtes Rahmenkonzept

Die Kriminologin Dr. Wiebke Steffen, die im Programmbeirat des Deutschen Präventionstages seit Jahren aktiv ist, legte den Finger in die Wunde: „Hinsichtlich der Islamismusprävention wirkt sich das Fehlen eines bundesweit abgestimmten gesamtgesellschaftlichen Rahmenkonzepts, einer übergreifenden nationalen Strategie negativ aus. Die Lage der Prävention des islamistischen Terrorismus zeigt einmal mehr, wie notwendig die Einrichtung eines unabhängigen, ressortübergreifend ausgerichteten Nationalen Zentrums für Kriminalprävention ist, um das für die Prävention unabdingbare Wissen auf Bundesebene zu generieren, zu transferieren und zu implementieren.“

Im Schlusswort griff der BKA-Präsident, der trotz seiner intensiven Beanspruchung aufgrund der aktuellen Lage jedem Beitrag der Herbsttagung gefolgt war und der stellvertretend für die Kolleginnen und Kollegen des BKA sehr viel Anerkennenden Applaus für die gelungene Veranstaltung erhielt, den Gedanken auf. Er betonte: „Die Anschläge von Paris haben uns den dringenden Handlungsbedarf in Bezug auf Maßnahmen der Prävention und Deradikalisierung noch einmal vor Augen geführt – Wir haben keine Zeit zu verlieren!“

Sascha Braun





Über 299 tagesaktuelle Wellnessreisen:
www.Spa-dich-fit.de oder gleich anrufen!

Foto © emmi

Jetzt buchen unter www.Spa-dich-fit.de

Let's SPA!



Top 1: 40% gespart!

4 Tage

Cool gespart: XL-Suite, Massage + 2x Therme

BEST WESTERN Aparthotel Birnbachhöhe, Bad Birnbach / Bayern: Traumtage in Traumlage. Das Aparthotel begrüßt Sie auf einer leichten Anhöhe mit weitem Blick über das Rottaler Hügelland. Lassen Sie in Ihrer „XL“-Suite mit perfekt ausgestatteter Küchenzeile, Balkon, Terrasse od. Wintergarten die Seele baumeln. Eine wohltuende Massage ist bereits inklusive. Der kleine Ort Bad Birnbach ist ein Paradies für alle, die Ruhe, Wellness & Auszeit suchen. Abtauchen können Sie in den azurblauen Fluten der „Rottal Terme“ od. im Hotel mit Finnischer-, Dampf- & Biolicht-Sauna.

Exklusives inklusive: 3 Ü/SV in der Grand Suite (ca. 50 qm) mit perfekt ausgestatteter Kitchenette, Balkon, Terrasse od. Wintergarten. Inkl.

1x **Aroma-Rücken-Massage** (20 min/ Wert € 23,-) + 20% Massage-Rabatt im „Wellarium“, 2x **Eintritt in die Thermen- & Saunawelt** der Rottal-Terme“ (5h/ Wert € 41,80) + 20% **Rabatt auf alle weiteren**, WLAN gratis.

3 Ü/SV ab € 123,-

(Komplett-Preis p.P. in der Grand-Suite)

Reisezeit: bis 22.12.2016, Anreise täglich

(außer Silvester)

Grand-Suite Einzelbel. inkl. Extras ab € 153,-

Verl.-Nacht Grand Suite p.P. ab € 25,-

Komplett-Preis inkl. Frühstück p.P. ab € 155,-

Lieber kürzer? 2 Ü/F inkl. Extras p.P. ab € 89,-



Top 2: 40% less

3 Tage

Wellness-Gourmet-Tage im Harz

Mühl Vital Resort, Bad Lauterberg / Harz: Das traditionsreiche, familiengeführte Wellnesshotel liegt harmonisch im Zentrum der malerischen Stadt Bad Lauterberg. Frisch renoviert im modernen Landhausstil, mit vielfältigen Wellness-Angeboten und den kulinarischen Genüssen der **ausgezeichneten Küche** bietet es Entspannung pur. Die Harzer Herzlichkeit im Mühl Vital Resort ist mehrfach ausgezeichnet. Vitalität & pure Lebensfreude tanken Sie im **1.800 qm großen Spa-Bereich** mit 2 Pools & Saunen sowie bei Wanderungen durch den wild romantischen Harz.

Exklusives inklusive: 2 Ü/HP als leckeres 3-Gang-Menü + 1 romantisches 4-Gang Candle-Light Dinner. Inkl. 1 **Fl. Sekt zur Begrüßung**, Entspannung pur in der 1.800 qm großen Wellness-Oase mit Pools & Saunen, 1x **Erfrischendes Aroma-Peeling** (Wert € 42,-), 20% **Wellness- & Beautyrabatt**, tägl. Aqua-Gym, Harz-Infopakete, Leihrad, bei **Anreise So-Mi** zzgl. 1x „Süße Stunde“. **Gratis-WLAN & Parken.**

2 Ü/HP nur € 195,-

(Komplett-Preis p.P. im DZ „Landhaus Nest“)

Reisezeit: bis 22.12.2016, Anreise täglich

„Landhaus Stübchen“ inkl. Extras p.P. nur € 205,-

„Studio Landhaus“ inkl. Extras p.P. nur € 221,-

Suite „Landhaus“ inkl. Extras p.P. nur € 231,-

DZ zur Einzelbel. inkl. Extras ab € 245,-

Verl.-Nacht inkl. HP (3-Gang-Menü) p.P. ab € 85,-



Ausgewählte Wellnessreisen zu allerbesten Preisen – www.Spa-dich-fit.de

+++ **Service-Telefon: 07621 - 425 15 44** +++

Wir sind persönlich für Sie erreichbar: Mo – Fr: 09:00 – 19:00 Uhr, Sa + So: 10.00 – 18.00 Uhr

(Keine versteckten Kosten - Sie zahlen nur Ihren üblichen Tarif - Angebote buchbar bis zum 29.02.2016, Verfügbarkeit vorbehalten, Eigenanreise)



Top 3: Inkl. Freifahrt-Ticket ÖPNV!

3 Tage

Schwarzwald-Wonnen + tägl. Vital Therme!

Hotel Bergfrieden*, Bad Wildbad / BW-Schwarzwald:** Das beliebte, familiär geführte Hotel am Fusse des Sommerberges liegt nur wenige Meter vom Kurpark mit den romantischen Enzanlagen entfernt. Genießen Sie den **Panorama-Blick über die Dächer der Stadt**. Zur Fußgänger-Zone sind es wenige Gehminuten. Neben der hausinternen Praxis für Physiotherapie (g.G.) profitieren Sie von **tägl. Gratis-Eintritten in die Bade- & Sauna-Welt „Vital Therme“** (ca. 100 m).

Exklusives inklusive: 2 Ü/HP in den besten Zimmern. 1 Fl. Prosecco + Obst zur Anreise, 2x 3-Gang-Dinner inklusive Salatbuffet bzw. 4-Gang-Dinner (Sa). **Tägl. unbegrenzten Eintritt „Vital Therme“** Bad Wildbad mit Sauna-Oase, 10% Wellness-Rabatt, **Freifahrt-Ticket Busse & Bahnen gesamter Schwarzwald (ÖPNV), saiss. Ermäßigungen z.B. Sommer-Bergbahn**, 25% Rabatt Golfplatz Enzklösterle + Minigolfplatz Höfen, Tennis im Kurpark (täglich bis 17.00 Uhr), Early-Check-In ab 12.00 Uhr, Parkplatz.

2 Ü/HP ab € 114,-

(Komplett-Preis p.P. im Komfort-DZ)

Reisezeit: bis 27.11.2016, Anreise täglich

(ausgenommen 30.11.2015 - 03.02.2016)

Komfort-EZ inkl. Extras p.P. ab € 129,-

Verl.-Nacht DZ inkl. HP p.P. ab € 54,-

Verl.-Nacht EZ inkl. HP p.P. ab € 63,-

HS-Preis (01.04.-30.09) inkl. Extras p.P. ab € 122,-



Top 4: 40% Preisvorteil!

4 Tage

4-Sterne Wellness in Bad Kissingen

Hotel Kaiserhof Victoria**, Bad Kissingen / Bayern-Rhön:** Wandeln Sie im imposanten 4-Sterne Hotel auf den Spuren von Kaiserin „Sisi“ & lassen Sie sich königlich verwöhnen. **In Premium-Lage am über 20.000 qm großen Kurgarten und Europas größter Wandel- & Brunnenhalle** erwarten Sie feine regionale Küche & wohltuende Anwendungen im „Kaiserhof-SPA“. Im großzügigen Wellnessbereich genießen Sie eine Irish / Römische Saunalandschaft sowie den großen Indoor-Pool.

Exklusives inklusive: 3 Ü/HP, 1x Kaffee & Kuchen im romantischen Wellness-Hotel Bad Kissingen mit kaiserlichen Wellness-Extras: **Kakaobutter-Massage** (Wert € 35,-), tägl. Nutzung „Kaiserhof-Spa“ mit Pool & Saunen, € 10,- **Wellness-Gutschein**, 2h **Eintritt KissSalis Therme** (Wert € 13,-), 1x **Eintritt Casino, EZ ohne Aufpreis, gratis WLAN**, bei **Anreise So-Di** zzgl. **Solebad** (Wert € 22,-). ZS (01.-30.04./27.07.-31.10.2016) inkl. Extras p.P. ab € 219,- / HS (01.05.-26.07.2016) inkl. Extras p.P. ab € 239,-.

3 Ü/HP ab € 199,-

(Komplett-Preis p.P. im DZ Haus Gartenflügel)

Reisezeit: bis 21.12.2016, Anreise täglich

DZ Hist. Haupthaus inkl. Extras p.P. ab € 229,-

Juniorsuite Gartenvilla inkl. Extras p.P. ab € 259,-

Victoria-Suite Hist. HH inkl. Extras p.P. ab € 349,-

Einzelzimmer inkl. Extras ab € 199,-

Verl.-Nacht inkl. HP p.P. ab € 75,-



Begrenzte Grenzenlosigkeit

Von Martin Schmitt

In der Diskussion über den Umgang mit dem Migrationsstrom an der Südgrenze Deutschlands wird auch auf das sogenannte Flughafenverfahren verwiesen. Was verbirgt sich dahinter? Warum hinkt der Vergleich? Diese Fragen machen eine Betrachtung aus gewerkschaftlicher Sicht notwendig.

Wenn es in den vergangenen Monaten um mögliche „Transitzonen“ hierzulande ging, war der Gedanke, für Asylsuchende ein geordnetes Verfahren einzug halten zu lassen. Mittlerweile kann als Unwort des vergangenen Jahres auch die Begrifflichkeit der „Transitzone light“ herhalten. In einem Kompromiss hatten sich die Parteispitzen der Regierungskoalition Anfang November auf „Registrierzentren – mit erhöhter Residenzpflicht“ in den jeweiligen Landkreisen geeinigt, in denen diese eingerichtet werden sollen. Damit soll dem vehementen politischen Anspruch auf anders gelagerte Regelungen im Zusammenhang mit der unerlaubten Einreise Rechnung getragen werden. Das „Flughafenverfahren“ steht hierfür Pate und soll als Vorbild fungieren.

Worum geht's tatsächlich?

Es gibt nicht unerhebliche Unterschiede zu dem Asylverfahren im Sinne des Paragraphen 18 a Asylverfahrensgesetz (AsylVfG), die in der öffentlichen Diskussion nicht vernachlässigt werden dürfen. Der Paragraph 18 a AsylVfG spricht bereits in seiner „Überschrift“ von Verfahren bei der Einreise auf dem Luftwege. Der Absatz 1 dieses Gesetzes beschreibt dies klarstellend: „Bei Ausländern aus einem sicheren Herkunftsstaat, die über einen Flughafen einreisen wollen und bei der Grenzbehörde um Asyl nachsuchen, ist das Asylverfahren vor der Entscheidung über die Einreise durchzuführen, soweit die Unterbringung auf dem Flughafengelände während des Verfahrens möglich oder lediglich wegen einer erforderlichen stationären Krankenhausbehandlung nicht möglich ist. Das Gleiche gilt für Ausländer, die bei der Grenzbehörde auf einem Flughafen um Asyl nachsuchen und sich dabei nicht mit einem gültigen Pass oder Passersatz ausweisen. Dem

Ausländer ist unverzüglich Gelegenheit zur Stellung des Asylantrags bei der Außenstelle des Bundesamtes zu geben, die der Grenzkontrollstelle zugeordnet ist. Die persönliche Anhörung des Ausländers durch das Bundesamt soll unverzüglich stattfinden. Dem Ausländer ist danach unverzüglich Gelegenheit zu geben, mit einem Rechtsbeistand seiner Wahl Verbindung aufzunehmen, es sei denn, er hat sich selbst vorher anwaltlichen Beistands versichert. (...)“

Nicht auf große Asylströme vorbereitet

Dieses Verfahren ist Teil eines Asylkompromisses, der 1993 beschlossen und in Kraft gesetzt wurde. Vorausgegangen waren zu dieser, wie Kritiker es benennen, Verschärfung des Asylrechts umfassende gesellschaftspolitische Diskussionen, um im Deutschen Bundestag die erforderliche Grundrechtsänderung zu beschließen. Unser Rechtsstaat war damals – genauso wenig wie heute – auf die großen Asylströme vorbereitet, die das Bundesgebiet auf dem Luftweg erreichten. Und man wollte den menschenverachtenden Praktiken von Schleuderorganisationen das Handwerk legen, ohne die verfassungsrechtlich garantierten Schutzersuchen einzuschränken. So waren damals – und sind es auch heute noch – unter anderen die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, die entsprechenden EU-Verordnungen sowie die Rechtsprechung unabdingbar zu beachten, ebenso die europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), das Dubliner Übereinkommen, die EU-Richtlinie zu besonders schutzbedürftigen Personen, das Den Haager Minderjährigen-Schutzabkommen von 1961 und die deutschen Gesetze (Aufenthalts- und Asylverfahrensgesetz).

Derzeit kommen an fünf deutschen Flughäfen diese „18a-Verfahren“ zur Anwendung; in Berlin-Schönefeld,

Düsseldorf, Hamburg, München sowie am Rhein-Main-Flughafen, da hier die erforderlichen Voraussetzungen für eine Unterbringung an Flughäfen geschaffen wurden. So steht am Frankfurter Flughafen ein Gebäude – im Betriebsbereich – zur Verfügung, in dem sich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die Hessische Aufnahmeeinrichtung Gießen (HEAE-Außenstelle Flughafen) und die Bundespolizei befinden. Nach einer Feststellung des Asylsuchenden durch die Bundespolizei bei einer beabsichtigten Einreise erfolgt die Verbringung in diese Transitunterkunft.

Kern der Regelung

Das Flughafenverfahren ist darauf ausgerichtet, unter anderem bei Asylsuchenden festzustellen, ob jemand aus einem sicheren Herkunftsstaat ein-



Martin Schmitt ist Vorsitzender der Direktionsgruppe Frankfurt/Main Flughafen der GdP Foto: GdP

reisen wollte, sofern sich nicht eine andere Zuständigkeit eines EU-Staates (Dublin-Verfahren) ergibt. Das Gleiche gilt für Ausländer, die ohne gültigen Pass oder Passersatz einreisen möchten und angenommen werden kann, dass sie ihren Pass vernichtet haben oder versuchen, über ihre Identität hinwegzutäuschen. So grenzt sich das Flughafenverfahren vom Verfahren





Drei Organisationen in einem Gebäude der Cargo-City Süd des Frankfurter Flughafens: Neben den Asylsuchenden sind hier das BAMF, die HEAE und die Bundespolizei untergebracht.

Foto: GdP

nach Paragraph 18 Absatz 1 AsylVfG ab. Hierbei durchläuft ein Asylsuchender, der mit gültigen Papieren vorstellig wird und nicht aus einem sicheren Drittstaat oder einem sicheren Herkunftsstaat kommt, nach Erstaufnahme durch die Flughafenbehörden, das Asylverfahren in einer Aufnahmeeinrichtung im Inland.

Im Flughafenverfahren wird also das Asylverfahren vor einer Einreiseentscheidung durchgeführt. Dazu müssen im Flughafen die baulichen Voraussetzungen vorliegen, sodass durch die Bundespolizei eine Befragung und erkennungsdienstliche Maßnahmen erfolgen können, bevor der Asylantrag beim zu entscheidenden BAMF gestellt wird. Bei einem offensichtlich unbegründeten Antrag und der Ablehnung des Asylbegehrens durch das BAMF verweigert die Bundespolizei die Einreise. Das zuständige Verwaltungsgericht (VG) wird

informiert und der Betroffene hat die Möglichkeit, eine für ihn kostenfreie Rechtsberatung zu erhalten. Er kann binnen drei Tagen einen Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz und die Gewährung der Einreise beim VG stellen. Das Gericht entscheidet innerhalb von 14 Tagen über den Antrag. Wird der Bescheid des BAMF aufgehoben, erfolgt die Einreise und die Weiterleitung an die Erstaufnahmeeinrichtung. Bei Ablehnung der eingelegten Rechtsmittel wird durch die Bundespolizei die Zurückweisung verfügt. Erforderliche Folgemaßnahmen heißen unter anderem: Passbeschaffung (beim Fehlen von Grenzübertrittspapieren), Einholung einer richterlichen Anordnung zum Aufenthalt im Flughafenbereich spätestens 30 Tage nach Ankunft, Zurückweisung in das Herkunftsland oder ein Land, in das gemäß Dokumentanlage eine Einreise erfolgen darf sowie gegebenenfalls die Außerlandesbringung. Daraus folgt,

dass sich eine Zusammenarbeit von unterschiedlichen Partnern herauskristallisierte, die „gewachsen“ ist.

Für die Arbeit am Frankfurter Flughafen bedeutet dies, dass Bundespolizei, Landespolizei Hessen, BAMF, Hessisches Sozialministerium, seelsorgerische Einrichtungen der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sowie das Bistums Limburg, aber auch Flüchtlingsorganisationen zusammenarbeiten.

Es stehen dort etwa 100 Unterbringungskapazitäten für Asylsuchende zur Verfügung. Bei der Betreuung legen die Sozialarbeiter des Landes Hessen ein spezielles Augenmerk auf individuelle Bedürfnisse wie ethnische Gruppen oder Familienzusammengehörigkeiten. Wie sich dies im Besonderen bei den Registrierungsstationen – und der großen Anzahl von Schutzsuchenden – abbilden soll, wurde bis dato durch die Überlegungen im Asylbeschleunigungsgesetz nicht beantwortet.



Foto: GdP

Rechtliche Bewertung zur Beschränkung der Freiheit

Es geht hierbei unter anderem um die Frage, ob bereits dieser Aufenthalt, also die Unterbringung im

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

Wir helfen denen, die helfen...

Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

Unser Behandlungskonzept ist ganzheitlich und geht davon aus, dass sich Körper, Seele und Geist wechselseitig beeinflussen. Entsprechend stimmen wir unsere Therapien individuell auf Ihre Bedürfnisse ab und bieten Ihnen Gespräche, Körper- und Gestalttherapien, Entspannungsverfahren, Stressmanagement, Imagination, Meditation und sportliche Aktivitäten an.

Wir unterstützen Sie dabei wieder Zugang zu Ihren Fähigkeiten, Stärken und Ressourcen zu finden und diese für Ihren Heilungsprozess nutzbar zu machen.

Kostenträger: Private Krankenversicherer, Beihilfe, Polizei, Bundeswehr, Krankenkassen

Spezielle Behandlungskonzepte für

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus-Schwindel und Lärmschäden
- Depressive Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumafolgestörung
- Onkologische und internistische Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



Transitbereich vor weitergehenden Entscheidungen zur Einreise, bereits eine freiheitsentziehende Maßnahme darstellt? Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) entschied 1994, dass es sich hierbei um keine Freiheitsbeschränkung oder -entziehung während des laufenden Asylverfahrens handelt. Diese eingeleiteten Verfahrensschritte dienen nämlich der Realisierung eines fairen, rechtsstaatlichen und effektiven Verwaltungsverfahrens und schafften für die behördliche Entscheidung einen geeigneten Rahmen. „Die Staatsgrenze ist als Hindernis der freien Bewegung nach der allgemeinen Rechtsordnung vorgegeben“, so die Karlsruher Richter.

Genau darin liegt die Unterscheidung zu den neuen Ideen. Liegen die Räumlichkeiten für Asylsuchende im „18a-Verfahren“ im Transitbereich eines Flughafens, stellt dies aus den oben aufgeführten Gründen für die Dauer des Verfahrens keine Freiheitsbeschränkung beziehungsweise Freiheitsentziehung im Sinne des Grundgesetzes dar. Letztendlich ist Freiheitsentziehung zur Verhinderung der unerlaubten Einreise möglich. Doch wie werden die in Rede stehenden „Registrierzentren“ zur Einschränkung der Freiheit bewertet? – Und wer trägt hierfür die Verantwortung?

Flüchtlinge sind nicht als Straftäter anzusehen, nur weil sie aufgrund ihrer Zwangslage eine Grenze überschreiten. Hinzu kommt, dass alle Flüchtlinge an der Südgrenze aus einem sicheren Herkunftsstaat einreisen. – Wie verhält es sich hierbei mit der Umsetzung rechtlicher Vorgaben?

Klärung der offenen Fragen dringend vonnöten

Zweifelsohne haben wir nicht nur eine ethische und moralische Verpflichtung zu helfen. Dies dokumentiert sich auch in der politischen Willensbildung. Es zeigte sich jedoch, dass sich die vielbeschworene gemeinsame Sicherheitspolitik auf Ebene der Europäischen Union (EU) nicht ohne weiteres realisieren lässt. Und dies nun auf Kosten der Flüchtlinge, aber vor allem auch unserer Kolleginnen und Kollegen, die sich den humanitären Themen in ihrer alltäglichen Arbeit stellen.

Zur polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit sollte unter anderem ein übergeordnetes Konzept eines „Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ auf EU-Ebene umgesetzt werden. An EU-Verträge gebunden taten sich EU-Parlament und EU-Kommission mit ihren Einflüssen auf die Nationalstaaten schwer. Die Realität überholte nunmehr diese Überlegungen.

Niemand kann mehr hören: „Wir schaffen das!“ – Es bedarf endlich eindeutiger Bekenntnisse zur Überlastung der Polizei. Denn es rächt sich die Reduzierung von Personal und Einstellungen, denen die GdP in den vergangenen Jahren stets mit guten Argumenten entgegen trat.

Eine schwierige Thematik, die ernst genommen werden muss. Beabsichtigt ist im Vergleich zum Flughafenverfahren, ein schnelleres Verfahren zur Entscheidung des Asylbegehrens zu realisieren. Die neuen Aufnahmeein-

richtungen sind bis dato nur als Absichtserklärung beschrieben. Und man spricht lediglich von einer Residenzpflicht. Auch hier zeigt sich, Politik ist überfordert und die Wunschvorstellungen mancher Verantwortlicher wurden hier durch die Lebenswirklichkeit eingeholt. Die Überforderungen derjenigen, die einen Flüchtlingszuzug auf ganz unterschiedlichen Ebenen bewältigen müssen, bleiben. Der größte Teil der künftigen Arbeit, soviel dürfte klar sein, muss durch die Beschäftigten des BAMF erledigt werden; doch zu einem nicht unerheblichen Teil könnten auch unsere Kolleginnen und Kollegen von Bundes- und Länderebene damit konfrontiert werden. Jeder, der sich dieser schwierigen Arbeit einmal stellte, weiß, was damit an emotionalen Stressfaktoren einhergeht und sich bei den betroffenen Beschäftigten auslöst. Diese Tätigkeit muss nicht nur quantitativ auszuhalten sein und dafür werden Antworten benötigt, denn es handelt sich um eine Arbeit von Menschen für Menschen.

FREMDENFINDLICHKEIT

Eskalation rechtsextremistischer Militanz nach der Wiedervereinigung – Ein Rückblick

Von Lars Lapper

Die „Flüchtlingskrise“ ist das innenpolitisch am kontroversesten diskutierte Thema des zurückliegenden Jahres und hat in den vergangenen Monaten zu einem signifikanten Anstieg von Aktivitäten des rechtsextremistischen Spektrums geführt. Auch wenn zunehmende Pressemeldungen über Brandanschläge auf Unterkünfte von Flüchtlingen sowie punktuelle unfriedliche Aktionen wie im August in Heidenau (Sachsen) noch kein Indiz für eine neue Qualität von Militanz sind, geben diese Ereignisse dennoch Anlass zur Sorge. Ein Rückblick in die Zeit nach der Wiedervereinigung zeigt, wie damals ein ähnlicher Zustrom von Flüchtlingen zu einer bundesweiten Eskalation politischer Gewalt mit Verletzten und Todesopfern geführt hatte.

Das politische Klima in den neuen Bundesländern in der Zeit unmittelbar nach der Wiedervereinigung im Oktober 1990 war an zahlreichen Orten geprägt von einem Erstarren und offenen Auftreten rechtsextremistischer

Gruppierungen in der Öffentlichkeit. Mit ideologischer Unterstützung von damals bundesweit bekannten Persönlichkeiten der Szene wie Michael Kühnen und Christian Worch wurden vermehrt entsprechende Milieus auf-





Ende August 1992, Randalen und Sachbeschädigungen vor dem Zentralen Asylbewerberheim Mecklenburg-Vorpommern in Rostock-Lichtenhagen. Foto: Jens Kalaene/dpa

gebaut. Strukturen, die bereits in Ansätzen in der DDR vorhanden waren, kamen, auch bedingt durch fehlende polizeiliche Repression, zu einer neuen Entfaltung. Gezielte Attacken auf Menschen mit Migrationshintergrund, oft begangen durch Gruppen sogenannter Skinheads, führten im November 1990 im brandenburgischen Eberswalde zu einem Tötungsdelikt und anschließend zu einer erstmaligen medialen Beachtung dieses Problems. Dresden entwickelte sich zu einem der Brennpunkte rechtsextremer Aktivitäten im Osten Deutschlands. Dort kam es wiederholt zu Übergriffen von Schlägertrupps auf Straßenhändler und weitere Personen, die nicht in das ideologische Bild passten. Die sächsische Landeshauptstadt wurde zum Schauplatz erster größerer Demonstrationen der Szene. Nachdem eine Führungspersönlichkeit der örtlichen Rechten nach einer Aktion gegen ein Bordell von Zuhältern erschossen wurde, kam es in Dresden bei einem „Trauermarsch“ am 15. Juni 1991 zu der bis dahin größten Versammlung von Rechtsextremisten in der Bundesrepublik.

Polizei personell unterbesetzt

Unzureichende polizeiliche Reaktionen sind aus heutiger Sicht als eine der Hauptursachen für das offene und massive rechtsextremistische Auftreten unmittelbar nach der Wende primär in

den neuen Ländern zu sehen. Die dortigen Landespolizeien befanden sich nach dem Zusammenbruch der DDR und der damit verbundenen vollständigen Auflösung sämtlicher bisheriger staatlicher Strukturen in einem von erheblichen Problemen begleiteten Veränderungsprozess. Der Westen leistete polizeiliche Aufbauhilfe in personeller, logistischer und materieller Hinsicht. Dennoch war die Polizei der neuen Länder in der Anfangszeit geprägt von personeller Unterbesetzung sowie erheblichen Mängeln in der gesamten Breite polizeilicher Ausstattung. Nach dem Wegfall der von Autorität und Repression geprägten DDR-Strukturen wurden einschreitende Polizeibeamte anfangs von Teilen der ostdeutschen Bevölkerung nicht mehr ernstgenommen. In diese Zeit gravierender Autoritätsprobleme fiel das Erstarken rechts-extremistischer Tendenzen.

Auch die Bereitschaftspolizeien befanden sich noch nicht auf dem damaligen Niveau der Ausstattung ihrer Kollegen in den alten Bundesländern. Außerdem fehlte Erfahrungswissen in der taktischen Bewältigung von gewalttätigen Aktionen. Um diesem Problem Rechnung zu tragen, wurden bereits unmittelbar nach der Vereinigung verstärkt Einsatzhundertschaften des damaligen Bundesgrenzschutzes zur Unterstützung in den neuen Ländern, insbesondere bei Fußballspielen, herangezogen.

Ein wachsender Zustrom von Flücht-

lingen in die Bundesrepublik, der in direktem Zusammenhang mit den damaligen Kriegsschauplätzen im ehemaligen Jugoslawien stand, führte 1991 und 1992 zu einer hohen Anzahl von Asylbewerbern und zu einer mit der aktuellen Thematik vergleichbaren Debatte in der Flüchtlingspolitik. In diesem Kontext kam es vermehrt zu Brandanschlägen auf Unterkünfte von Asylbewerbern, die nicht mehr auf die östlichen Bundesländer beschränkt waren, sondern in allen Teilen Deutschlands stattfanden.

Gewalttätige Aktionen

Zu einer ersten Eskalation des angespannten gesellschaftspolitischen Klimas kam es im September 1991 im sächsischen Hoyerswerda im Verlauf von gewalttätigen Aktionen gegen ein Flüchtlingsheim, die mehrere Tage andauerten und nach deren Beendigung der Polizei Passivität und zögerliches Einschreiten vorgeworfen wurde. Der Umstand, dass das attackierte Objekt schließlich geräumt und die Insassen auf andere Städte verlegt wurden, bewertete die rechte Szene als Erfolgserlebnis. In der medialen Berichterstattung war von einem Zurückweichen des Staates vor der rechten Gewalt die Rede.

Das Jahr 1992 schließlich war ge-

Anzeige



THOMAS BROCKHAUS

Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.

Inzahlungnahme möglich.

Informieren Sie sich!

Telefon: (02207) 76 77

www.fahrzeugkauf.com

www.polizeifeste.de

Alle Polizeifeste
der GdP auf einen Blick!





Rund 10.000 Gegner der geplanten Änderung des Asylrechts blockierten am 25. Mai 1993 die Zufahrtstraßen zum Bonner Regierungsviertel.
Foto: Oliver Multhaupt/dpa

prägt von der bis heute massivsten Welle rechtsextremer Gewalt seit Bestehen der Bundesrepublik, deren Höhepunkt die mehrtägigen schweren Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen vom 22. bis 26. August darstellten, die weltweit für Aufsehen sorgten. Nach ersten Angriffen gegen eine Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber eskalierte die Situation vor Ort – bedingt durch erhebliche Fehler in der polizeilichen Führung und einem in der Anfangsphase unzureichenden Kräftekonzept – zu Krawallen, die erst nach Tagen mit starken Kräften von Bundesgrenzschutz und Bereitschaftspolizei aus mehreren Bundesländern unter massiven Einsätzen von Wasserwerfern und Reizstoffen beendet werden konnten. Einsatzhundertschaften aus Hamburg und Schleswig-Holstein, die in Rostock an den Brennpunkten des Geschehens eingesetzt waren, berichteten im Nachhinein von einer Intensität an Gewalt gegen Polizeibeamte, die selbst ihre Erfahrungen aus Brokdorf und der Hafensstraße in den Schatten stellten. Die Einsatzkräfte, anfangs zahlenmäßig unterlegen, waren einem massiven Bewurf mit Pflastersteinen, Teilen von Gehwegplatten und Molotow-Cocktails in einer selten zuvor erlebten Brutalität ausgesetzt. Bei dem gesamten Einsatz wurden 204 Polizeibeamte zum Teil erheblich verletzt.

Der Brandanschlag auf türkischstämmige Mitbürger in Mölln im November 1992, der drei Todesopfer gefordert und bundesweit für Entsetzen gesorgt hatte, zeigte, dass rechte Gewalt kein allei-

niges Phänomen der neuen Länder war, sondern ein gesamtdeutsches Problem.

Vermeehrt offene Konfrontationen zwischen Links und Rechts

Die Zunahme rechtsextremistischer Agitationen und Handlungen führten in dieser Zeit beinahe zwangsläufig zu einer verstärkten Mobilisierung des politischen Gegners. Vornehmlich das radikal linksorientierte Spektrum bewertete die fehlende polizeiliche und staatliche Härte gegen Rechts vielfach als ideologisch begründet, unterstellte der Polizei zum Teil sogar latente Sympathie mit den Tätern, und rief zur „antifaschistischen Selbsthilfe“ auf. Die Folge waren vermehrte offene Konfrontationen zwischen Links- und Rechtsextremisten, in deren Verlauf es am 21. November 1992 in Berlin-Friedrichshain zur Tötung eines Angehörigen der linksalternativen Szene kam. Die traditionell starke linksautonome Szene der niedersächsischen Universitätsstadt Göttingen übernahm zu Beginn der 90er-Jahre eine führende organisatorische Rolle im bundesweiten „Antifa“-Aktionsfeld linker Gruppen. Der „antifaschistische Kampf“ forderte ein weiteres Todesopfer, als am 4. April 1992 in Berlin ein Funktionär des politisch rechten Spektrums von mutmaßlich der linksautonomen Szene zugehörigen Tätern erstochen wurde.

Am 26. Mai 1993 wurde im Bun-

destag in Bonn, nicht zuletzt auch unter dem Eindruck der Zunahme des Rechtsextremismus, der Beschluss zu einer Änderung des Asylrechts gefasst. 10.000 Menschen, unter ihnen eine große Zahl gewaltbereiter Linksextremisten, beteiligten sich aus Protest gegen diese Gesetzesverschärfung an einer Blockade der Zufahrtsweg zum Bundestag, in deren Verlauf es zu Tumulten und Ausschreitungen kommt.

Brandanschlag

Ein Brandanschlag auf Migranten in Solingen am Ende Mai 1993 bildete den erschütternden Höhe- und Endpunkt rechtsextremistisch motivierter Gewalt nach der Wende. Dabei kamen fünf Menschen einer türkischstämmigen Familie zu Tode. Die Bilder der abgebrannten Ruine des Hauses wurden international zum Symbol für die Folgen ausländerfeindlicher Gewalt im vereinigten Deutschland. Dieser zweite Anschlag auf bereits lange hier wohnende Mitbürger mit Migrationshintergrund führte zu einer starken Empörung vor allem türkischstämmiger Bevölkerungskreise. In Solingen kam es nach Mahnwachen vor der Ruine des Objektes zu Demonstrationen, die jedoch in den folgenden Tagen zunehmend massiv unfriedliche Aktionsformen annahm. In einer zusätzlich durch nationalistische türkische Gruppierungen und deutsche Linksextremisten aufgeheizten Stimmung wurden aus Ansammlungen großer Gruppen heraus Straftaten in Form von Plünderungen und schweren Sachbeschädigungen begangen. Eine Vielzahl von Schaufenstern der Solinger Innenstadt wurden zerstört. Die Massivität der gewalttätigen Aktionen kam für die Polizei vor Ort zunächst überraschend und führte dann zu einem der größten polizeilichen Kräfteansätze in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen.

Nach den Solinger Anschlägen führte ein länderübergreifendes konsequentes Einschreiten von Polizei und Justiz gegen rechtsextremistische Gruppen und Täter unter Durchführung von Vereinsverboten in den folgenden Jahren zu einem Rückgang der Aktivitäten. Mit der Welle rechter Gewalt und den damit verbundenen Folgeerscheinungen bestand die Bundesrepublik unmittelbar nach ihrer Wiedervereinigung eine der schwierigsten Belastungsproben für die innere Sicherheit in ihrer Geschichte.





KOOPERATION POLIZEIPRAXIS & INTERFIT FITNESS, SCHWIMMEN & GOLFEN

www.interfit.de/polizeipraxis

Trainieren Sie mit **POLIZEIPRAXIS**
und **INTERFIT** deutschlandweit
mit nur **1 Mitgliedschaft!**

INTERFIT ist eine Plattform mit fast
1.000 hochwertigen Partnern aus den Bereichen:

- Fitness
- Wellness
- Schwimmbäder
- Golfclubs



Fast 40% gespart!

~~statt monatl. 57,80€~~

34,90€
pro Monat*

*34,90€ Eigenanteil. Gilt bei einer Laufzeit von 12 Monaten.
57,80€ durchschnittlicher Monatsbeitrag entsprechender Anlagen
(Quelle: "Eckdaten der deutschen Fitness-Wirtschaft" 2015)



INTERFIT
Fitness next door

Gewerkschafterinnen wenden sich gegen moderne Form von Sklaverei

Zwangsverheiratungen und Ehrenmorde müssen in Deutschland nach Auffassung der Bundesfrauengruppe in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) wirksamer bekämpft werden. Ein stärkeres staatliches und gesellschaftliches Engagement zur Bekämpfung dieser modernen Form der Sklaverei und eines archaischen Ehrverständnisses sei dringend notwendig, forderte GdP-Bundesfrauenvorsitzende Dagmar Hölzl einen Tag vor dem traditionell am 25. November begangenen „Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen“ auf einer Pressekonferenz in der GdP-Bundesgeschäftsstelle in Hilden. Die GdP-Bundesfrauengruppe vertritt mehr als 40.000 in der GdP organisierte Polizistinnen sowie Tarifangestellte.

Zwangsheirat sei eine Menschenrechtsverletzung, gegen die nachdrücklich vorgegangen werden müsse, betonte Hölzl. „Polizeiliche Prävention kann hier wertvolle Aufklärungsarbeit leisten und auch Hilfe für die Opfer von Zwangsverheiratung bieten“, sagte sie. Im Hinblick auf eine gelingende Integration von Zuwanderern sei es indes unabdingbar, die hierzulande grundgesetzlich gesicherte Gleichstellung von Frauen und Männern zu garantieren und Verstöße mit Nachdruck zu verfolgen. Unterfüttert wurden die mahnenden Worte der GdP-Frauen-Chefin durch die praxiserfahrene Kollegin Fulya Kurun, die in der Polizei-

direktion Hannover Teil der Arbeitsgemeinschaft Zwangsverheiratung ist und ebenfalls an der Pressekonferenz teilnahm.

Besondere Form häuslicher Gewalt

„Neben strafrechtlichen Maßnahmen werden auch institutionelle Initiativen benötigt, um die Zwangsehe nachhaltig zu verfolgen. Dazu gehört der Ausbau von Zufluchtsstätten, Weiterbildungsmaßnahmen für polizeiliche Einsatzsachbearbeiter sowie für Sozialarbeiter und die Förderung weiterführender wissenschaftlicher Studi-



Eine Berichterstatlerin richtet vor Beginn der Pressekonferenz ihre Kamera ein.

Fotos (2): Annette Terweide

en“, erläuterte Elke Gündner-Ede, für Frauenpolitik zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes. Zudem müssten Abschnitte des Aufenthaltsbestimmungsrechts kritisch auf ihre Auswirkungen hinsichtlich der Zwangsehe hinterfragt werden. Vor allem die Vorgaben hinsichtlich der Ehedauer ausländischer Opfer von Zwangsverheiratungen mit drei Jahren seien kontraproduktiv.



Letzte Absprachen vor dem Auftritt vor der Presse: (v.l.) Fulya Kurun aus der Polizeidirektion Hannover, GdP-Bundesfrauenvorsitzende Dagmar Hölzl und Elke Gündner-Ede, Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes, und GdP-Pressesprecher Rüdiger Holecsek.



„Zwangsheirat ist eine besondere Form der häuslichen Gewalt. Hier muss die Forschung zu diesem Deliktbereich intensiviert, das Netzwerk enger geknüpft, die Vorgänge entbürokratisiert und somit beschleunigt werden. Durch religiöse Rituale zustande gekommenen Zwangsehen müssen zudem durch das Strafrecht sanktioniert werden“, forderten Hölzl und Gündner-Ede abschließend.

Kernthesen bekräftigt

Zudem nutzten die Gewerkschaftsvertreterinnen in der GdP die Anwesenheit der Medienvertreter, um ihre Kernthesen zur Gewalt gegen Frauen zu bekräftigen. So blieben die gesellschaftliche Ächtung und die rechtliche Bekämpfung häuslicher Gewalt auch weiterhin richtig und wichtig. Politik und Verantwortliche seien aufgefordert, die nötigen Mittel dafür bereitzustellen. Häusliche Gewalt könne nur durch die bundesweite Netzwerkarbeit der Institutionen wirksam bekämpft werden.

Nach Auffassung der GdP-Bundesfrauengruppe haben alle Opfer von häuslicher Gewalt einen Rechtsanspruch auf sofortigen Schutz und Hilfe wie geschützte Unterkünfte, Beratung und Unterstützung. Dieser Rechtsanspruch müsse unabhängig von Einkommen, Aufenthaltstitel, Herkunftsort, gesundheitlicher Einschränkung oder Behinderung der betroffenen Opfer sein. Vorzuhaltende Unterstützungseinrichtungen benötigten eine eigenständige bundesgesetzliche Regelung, die Mindeststandards vorschreibt.

Die Bundesländer, so erklärten Hölzl und Gündner-Ede, sollten sich dringend auf eine einheitliche Definition des Phänomens „Häusliche Gewalt“ einigen. Dabei erhoben werden müssten nicht nur Fallzahlen, sondern insbesondere Daten, die Rückschlüsse auf Besonderheiten zulassen wie die Täter-Opfer-Beziehung, Tatausführung unter Alkohol oder Drogen, Alter von Täter und Opfer.

Hölzl: „Für die Bearbeitung von Fällen häuslicher Gewalt muss immer ausreichend Zeit vorhanden sein, sei es beim sogenannten Ersten Angriff oder bei der weiteren Sachbearbeitung. Deshalb sollten spezialisierte Sachbearbeiter je nach Größe der Dienststelle in ausreichender Anzahl vorhanden sein.“

mzo

GdP erstmals mit Deutschem Personalrätepreis ausgezeichnet

Mit dem Deutschen Personalrätepreis in Silber sind Kollegen des Personalrats der Polizeidirektion Neumünster in Schleswig-Holstein Mitte November anlässlich des vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und der Hans-Böckler-Stiftung veranstalteten Schöneberger Forums in Berlin ausgezeichnet worden. Damit errang erstmals ein GdP-Personalrat den renommierten Arbeitnehmervertreter-Preis. Die hochkarätig besetzte Jury aus Gewerkschaftern, Wissenschaftlern und Praktikern würdigte das Engagement, sich erfolgreich für eine Dienstvereinbarung zum verbesserten Gesundheitsschutz im Wach- und Wechselschichtdienst eingesetzt zu haben.



Die Jurymitglieder Sven Hüber, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Beamten- und Besoldungsrecht (l.), sowie der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Arnold Plickert (r.) freuen sich mit den Preisträgern.

Foto: Simone M. Neumann

Im Laufe der Jahre war es zu immer größeren Belastungen für die im Wach- und Wechselschichtdienst tätigen Mitarbeiter der dortigen Polizeidirektion gekommen. Diese Belastungen waren sowohl auf gestiegene Anforderungen bei der Aufgabenbewältigung zurückzuführen, als auch auf eine erhöhte Krankenrate, einen überalterten Personalstand mit eingeschränkter Dienstfähigkeit sowie auf vermehrte Einsätze in geschlossenen Einheiten. Besonders diese Einsätze waren oft mit sehr kurzen Vorlaufzeiten verbunden: Häufig wurde

nur wenige Tage, manchmal sogar nur wenige Stunden zuvor der Dienstplan geändert, was die Freizeit- und Familienplanung für die Mitarbeiter unkalkulierbar machte.

Gemeinsam Ideen entwickelt

In dieser schwierigen Situation, die so oder so ähnlich leider an vielen Dienststellen im Bundesgebiet existiert, trat der örtliche Personalrat der Polizeidirektion Neumünster in Verhandlungen mit dem Dienstherrn. Die



STEUERFIBEL

Das Steuer-Spar-Buch für alle Polizeiangehörigen

Von **M. Brenntag, H. R. Brenntag** und **D. Stepp**.



Format: DIN A 5 Broschur
Umfang: 264 Seiten
Preis: 10,15 € [D]

Die Steuererklärung – eine lästige Aufgabe, der man aber gerne nachkommt, wenn es sich am Ende „auszahlt“.

Eine unverzichtbare Hilfe ist hier die Steuerfibel für Polizeibeamte. Sie ist speziell auf die Probleme zugeschnitten, mit denen Polizeiangehörige immer wieder konfrontiert werden. Der Leser findet hier neben einer programmierten Anleitung zum Erstellen des Lohnsteuer-Jahresausgleichs und der Einkommensteuer-Erklärung über 500 Tipps und Tricks, Quellenangaben und Fundstellen, Beispiele und Urteile, die sich im wahrsten Sinne des Wortes schnell „bezahlt“ machen.



36. Auflage 2015/2016
Steuerfibel + CD-ROM
Paketpreis: 19,80 € [D]

Steuerbookware für den Polizeibereich

Die Steuerfibel für den Polizeidienst inklusive Steuer-Software auf CD-ROM (Für Windows XP/Vista/7/8)

Wenn Sie schon vorher wissen möchten, was „Vater Staat“ an Sie zurückzahlt – die Steuerbookware ist die richtige Lösung!

DIE AUTOREN

Michael Brenntag, Diplom-Betriebswirt (FH), Steuerberater.

Dr. Heribert R. Brenntag, M. A., Industriekaufmann, Verwaltungsangestellter, Geisteswissenschaftliches Hochschulstudium.

Dieter Stepp, Beratungsstellenleiter des Lohn- und Einkommensteuer Hilfe-Ring Deutschland e. V. (Steuerring).



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

vor dem Hintergrund von oft neun monatlichen Nachtdiensten gemeinsam entwickelten Ideen mündeten in die „Dienstvereinbarung über die Gestaltung der Arbeitszeit innerhalb der Polizeidirektion Neumünster“. Dort detailliert geregelt wurden die Schwerpunktdienste sowie auch die variable Arbeitszeit. Aufgenommen wurde ebenfalls eine Mindestregenerationszeit von 72 Stunden, die als Block zu gewähren und unter den Mitarbeitern hochakzeptiert ist.

Mittlerweile haben entsprechende Regelungen auch andere Polizeibehörden in Schleswig-Holstein übernommen, eine solche Vereinbarung wird indes zeitnah für die gesamte Landespolizei angestrebt.

Wichtiges Thema Arbeitszeit

Die Auszeichnung mache einmal mehr deutlich, dass die GdP und die von ihr gestellten Personalräte stets auf der Höhe der Zeit und ganz nah bei den Sorgen und Nöten ihrer Kolleginnen und Kollegen seien, betonten die Personalrätepreis-Jury-Mitglieder Arnold Plickert, stellvertretender GdP-Bundvorsitzender, und der Vorsitzende des GdP-Bundesfachausschusses Beamten- und Besoldungsrecht, Sven Hüber. So hätten der GdP-Bundsvorstand und der -Beamten-Bundesfachausschuss das Thema „Arbeitszeit in der Polizei“ nach einem Auftrag des Bundeskongresses 2014 in Berlin ganz nach vorn gestellt. Darin solle der Bundsvorstand eine umfassende Positionierung der GdP bezüglich der Herausforderungen an die Arbeitswelt einer sich im dynamischen Wandel befindlichen „Polizei 2020“ erarbeiten.

Arbeitsbedingungen auch in schwierigen Zeiten verbessern

Arbeitszeitfragen seien eng verknüpft mit Personalfragen, sagte Hüber. Die angelaufene bundesweite GdP-Kampagne thematisiere den Abbau von rund 16.000 Stellen bei der Polizei in den vergangenen Jahren. Vielfach werde versucht, fehlendes oder abgebautes Personal durch veränderte Arbeitszeitregelungen zu kompensieren, sei es bei Nacht- und Wochenendarbeit, kurzfristigen Dienstplanwechseln oder höheren Anwesenheitstagen. Das belastete die Gesundheit und die Familien.

Informationen über alle im Jahr 2015 eingereichten Projekte („Best Practice“ – Wie andere dein Problem schon mal gelöst haben)



Plickert zufolge sind es häufig die Personalräte, die gegen Widerstände auf der Seite der Dienststellenlei-

tungen, bei schwierigen Rahmenbedingungen in Zeiten leerer öffentlicher Kassen, innovative Projekte in den Verwaltungen und Dienststellen initiieren, die aber letztlich der Verbesserung der Arbeitsbedingungen dienen. Er erinnerte, dass Personalräten gesetzliche Instrumente in den Personalvertretungsgesetzen zur Verfügung stünden, durch Dienstvereinbarungen einklagbare Rechte zu schaffen.

Christian Hoffmeister

STEUER-TIPP

Steuerlicher Abzug von Fahrtkosten und Verpflegungsmehraufwendungen bei Polizeivollzugsbeamten im Wach- und Wechseldienst

Von Daniel Botzenhardt und Martin Figatowski

Gemeinhin bekannt ist, dass Kosten für Fahrten zur Arbeitsstätte mit der sogenannten Pendlerpauschale steuerlich abgegolten sind. In einer für Polizeibeamte im Wach- und Wechseldienst nun steuerlich interessanten Entscheidung entschied das Finanzgericht (FG) Niedersachsen, dass Kosten für die Fahrten zur Polizeidienststelle nicht nur mit der Pendlerpauschale, sondern nach Dienstreisegrundsätzen geltend gemacht werden können (Urteil vom 11.12.2014 – 11 K 70/14). Dieser Beitrag beginnt mit einem Überblick über die einschlägigen steuerlichen Regelungen, befasst sich dann mit den Entscheidungsgründen, gibt Gestaltungsempfehlungen und einen Ausblick auf die künftige Neuregelung des steuerlichen Reisekostenrechts.

Überblick über die einschlägigen steuerrechtlichen Regelungen

Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte können grundsätzlich nach Paragraph 9 Absatz 1 Satz 3 Nr. 4 Einkommensteuergesetz (EStG) als Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbstständiger Tätigkeit zum Abzug gebracht werden. Zur Abgeltung dieser Aufwendungen ist eine Entfernungspauschale für jeden vollen Kilometer der Entfernung von 0,30 Euro anzusetzen (Tage x km x 0,30 Euro).

Demgegenüber sind Aufwendungen für beruflich veranlasste Fahrten zu einer auswärtigen Tätigkeitsstätte, die keine

regelmäßige Arbeitsstätte ist, grundsätzlich unbeschränkt abziehbar. Nach Wahl des Steuerpflichtigen kann dabei die Entfernungspauschale von 0,30 Euro je gefahrenen Kilometer zum Ansatz gebracht werden, das heißt, sowohl für Fahrten zur Dienststelle als auch von der Dienststelle zurück zur Wohnung (Tage x km x 0,60 Euro).

Daneben kann der Steuerpflichtige Mehraufwendungen für die Verpflegung nach Paragraph 9 Absatz 5 in Verbindung mit Paragraph 4 Absatz 5 Nr. 5 EStG abziehen. Diese betragen bei einer Abwesenheit von der Wohnung und der regelmäßigen Arbeitsstätte von mehr als 8 Stunden insgesamt 6 Euro, von mehr als 14 Stunden 12 Euro



und von mehr als 24 Stunden 24 Euro pro Kalendertag.

Hervorzuheben ist, dass sich die vorherigen Ausführungen als auch das Urteil des FG Niedersachsen auf die Rechtslage bis zum Veranlagungszeitraum (VZ) 2013 beziehen. Ab dem VZ 2014 wurde das steuerliche Reisekostenrecht novelliert.

Urteil des FG Niedersachsen vom 11.12.2014 – 11 K 70/14

Im dem Urteil zugrunde liegenden Sachverhalt machte der Kläger, ein im Wach- und Wechseldienst tätiger Polizeibeamter, Fahrtkosten für die VZ 2011 und 2012 nicht nach der Pendlerpauschale, sondern nach Dienstreisegrundsätzen geltend. Des Weiteren erklärte er so im Zusammenhang stehende Mehraufwendungen für die Verpflegung.

Der Kläger begründete dies damit, dass sich die Tätigkeit an der Dienststelle X im Wesentlichen auf Vor- und Nacharbeitung des Außeneinsatzes beschränke. Im Außendienst befinde sich daher der qualitative Schwerpunkt, sodass die Dienststelle in X von vornherein als regelmäßige Arbeitsstätte ausscheide. Das Finanzamt verneinte den Werbungskostenabzug und stellte darauf ab, dass Dienstbeginn und -ende immer im Polizeikommissariat X seien. Demzufolge sei nach wie vor von einer regelmäßigen Arbeitsstätte auszugehen.

Das FG Niedersachsen gab dem Kläger Recht und ließ die Aufwendungen zum Abzug zu. Zwar ist im Regelfall der Betrieb des Arbeitgebers, dem der Arbeitnehmer zugeordnet ist und die er nicht nur gelegentlich, sondern fort-dauernd aufsucht, die regelmäßige Arbeitsstätte. Zudem muss er dort seiner eigentlichen beruflichen Tätigkeit nachgehen. Ist der Arbeitnehmer an mehreren Tätigkeitsorten beschäftigt, ist erforderlich, dass der regelmäßigen Arbeitsstätte hinreichend zentrale Bedeutung gegenüber den weiteren Tätigkeitsorten zukommt.

Vorliegend war der Kläger durch seinen Arbeitgeber der Dienststelle X zugeord-

net. Tatsächlich war er jedoch schwerpunktmäßig nicht dort, sondern auf dem Einsatzwagen beziehungsweise im Revier tätig, sodass er keinen ortsgebundenen Mittelpunkt der beruflichen Tätigkeit hat. Hierfür sprechen der zeitliche Umfang der Außendienst-tätigkeit und die im Außendienst geleisteten wesentlichen Tätigkeiten seiner Anstellung als Polizeibeamter. Zum Aufgabengebiet des Klägers gehörten vor allem die Überwachung des Verkehrs und von Rotlichteinheiten sowie Überprüfung von Gefahrenstellen auf der Straße, das Kontrollieren der Autofahrer, Unfallaufnahmen, Verfolgung von Straftaten vor Ort und Schlichtung von Ehestreitigkeiten. Auch der Zuständigkeitsbereich für etwa 110.000 Einwohner deutet auf eine im Wesentlichen im Außendienst zu absolvierende Tätigkeit hin.

Im Gegensatz dazu hielt sich der Kläger nur circa eine Stunde pro Schicht an der Dienststelle auf, wobei ein Großteil dieser Zeit als Pause verbracht wurde. Darüber hinaus wurde in der Dienststelle die Schicht begonnen und beendet. Zu den Tätigkeiten dort gehörten das An- und Ausziehen der Dienstkleidung, die kurze Überprüfung des Einsatzwagens zu Beginn der Schicht, die Überprüfung der Lage im Revier an Hand eines Protokolls vom Vortag beziehungsweise der vorhergehenden Arbeitsschicht und eventuell einzelner Recherchen mittels Dienst-PC. Der Kläger hatte auch keinen eigenen Arbeitsplatz in der Dienststelle. Der Dienst-PC stand allen Kollegen zur Verfügung. Nur im Ausnahmefall nahm er den Innendienst wahr.

Im Ergebnis fehlt es somit an einer hinreichenden zentralen Bedeutung der Dienststelle gegenüber den weiteren Tätigkeitsorten. Wegen der fehlenden Ortsgebundenheit der Außendiensttätigkeit kommt auch keine andere regelmäßige Arbeitsstätte in Betracht.

Anmerkungen zu dem Urteil und Gestaltungshinweise

Je nach Einsatzsituation dürften die Entscheidungsgrundsätze unserer Meinung nach auch auf die Tätigkeiten von Polizeibeamten zum Beispiel beim Verkehrs- oder Erkennungsdienst übertragbar sein. So hat

das FG Niedersachsen seine Rechtsprechung kürzlich auf Beamte der Wasserschutzpolizei ausgedehnt (Urteil vom 17.06.2015 – 4 K 192/14). Jedoch darf nicht verschwiegen werden, dass die Finanzverwaltung gegen beide Urteile des Niedersächsischen Finanzgerichts Revision zum Bundesfinanzhof (BFH) eingelegt hat (Aktenzeichen beim BFH VI R 8/15 und VI R 39/15). Zudem haben sowohl das FG Berlin-Brandenburg (1 K 1224/13) als auch das FG Sachsen-Anhalt (1 K 362/14) in vergleichbaren Konstellationen den Abzug der Aufwendungen nach Dienstreisegrundsätzen abgelehnt.

Naturngemäß ist nicht vorherzusehen, wie der BFH über die Revisionen entscheidet. Um von einer positiven Entscheidung des BFH profitieren zu können, sollten betroffene Polizeibeamte, sofern eine Veranlagung für die Jahre bis einschließlich 2013 noch nicht erfolgt ist, Aufwendungen nach Dienstreisegrundsätzen geltend machen. „So können bei einer Veranlagung auf Antrag (Paragraf 46 Absatz 2 Nr. 8 EStG) diese Aufwendungen sogar noch in den VZ bis einschließlich 2012 geltend gemacht werden, sofern die Steuererklärung bis 31. Dezember 2016 beim Finanzamt eingeht.“

Gegen den (voraussichtlich) ablehnenden Bescheid ist Einspruch einzulegen (Paragraf 361 Abgabenordnung, AO) und das Ruhen des Einspruchsverfahrens im Hinblick auf die beim BFH anhängigen Revisionen zu beantragen (Paragraf 363 Absatz 2 Satz 1 AO). Ist eine Veranlagung bereits erfolgt, können diese Aufwendungen noch bei Steuerbescheiden, die unter dem Vorbehalt der Nachprüfung stehen, durch einen Antrag nach Paragraf 164 Absatz 2 AO zum Abzug gebracht werden.

Abschließend ist nochmals auf die Novellierung des steuerlichen Reisekostenrechts ab dem VZ 2014 hinzuweisen. Da insofern noch keine Finanzrechtsprechung ergangen ist, kann nicht vorhergesagt werden, wie die Finanzverwaltung künftig den Abzug von Aufwendungen nach Dienstreisegrundsätzen bei Polizeibeamten im Wach- und Wechseldienst beurteilt.



Bezirk BKA organisiert erste Bildungsreise – Ziel ist Israel

Der Bezirk Bundeskriminalamt (BKA) innerhalb der Gewerkschaft der Polizei (GdP) organisiert erstmals eine eigene Bildungsreise. Die Tour führt im Frühjahr nach Israel.



An der Grenze zu Bethlehem

Die Kolleginnen und Kollegen, die bisher bei der Bundespolizei mitreisen durften, waren so begeistert, dass der israelische Veranstalter eine maßgeschneiderte Reise mit vielen Höhepunkten für den Bezirk BKA zusammengestellt hat. Dabei steht natürlich die politische Bildung im Vordergrund, aber auch Natur, Kultur und die Geschichte des Landes kommen nicht zu kurz.

Die Reise vom 10. bis 21. April wurde von der Bundeszentrale für politische Bildung als Bildungsreise anerkannt und von der Berliner Senatsverwaltung die Förderungswürdigkeit nach Paragraf 4 Abs. 1 Nr. 1a der Sonderurlaubsverordnung (SUrIVO) für Beamte festgestellt. Damit steht sie nicht nur den GdP-Mitgliedern des Bezirks BKA offen, sondern auch Kolleginnen und Kollegen von Bund und Ländern und anderen Teilnehmern. Weitere Anerkennungen von Landeszentralen können bei Bedarf eingeholt werden.

Die Rundreise beginnt in Tel Aviv. Danach geht es weiter zum Gaza-Strei-

fen, dann in die Negev-Wüste und von dort zum Toten Meer und ins Jordan-Tal. Weitere Stationen sind die Golan-Höhen, der See Genezareth, bevor es zurück zum Mittelmeer nach Akko und zum Schluss nach Jerusalem geht.

Gestartet wird in Berlin-Tegel, per kurzem Zwischenstopp in München



Am Toten Meer

fliegen wir nach Tel Aviv, wo nachmittags gelandet wird. Sollte ein anderer Abflugort gewünscht werden, wird das gegebenenfalls gesondert gebucht. In einer Gruppe von mindestens 25, aber höchstens 30 Personen werden wir von einem deutsch-israelischen Reiseleiter und einem engagierten Busfahrer durch Israel begleitet. Im Reisepreis von 1.990 Euro ist das komplette Reiseprogramm inklusive Flug, Übernachtung, Halbpension, Reiseleitung, Transfer, Gebühren, Eintritts- und Trinkgeldern enthalten.

Interessanten an dieser Reise wenden sich an Katrin Tafere (Tel. **030/186658024**). Reiseprogramm, Anmeldeformular und Reisebedingungen stehen unter www.gdp-bka.de/2015/08/11/bildungsreise-israel-2016/#more-1202. **Katrin Tafere**



Yad Vashem

Fotos (3): GdP BKA



Redakteurstreffen in Geldern

Referate zu aktuellen Entwicklungen verschiedener Medien, handwerkliche Übungen und ein gründlicher Meinungsaustausch darüber standen im Mittelpunkt der Tagungen der Webredakteurinnen und -redakteure der Länder sowie ihrer redaktionellen Pendanten der Landes- und Bezirksjournale DEUTSCHE POLIZEI Ende November im nordrhein-westfälischen Geldern.

Regelmäßig lädt der GdP-Bundesvorstand die oft ehrenamtlich tätigen Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern, der Bundespolizei und dem Bundeskriminalamt zu Veranstaltungen ein, die vornehmlich der Fortbildung dienen. Von großer Bedeutung ist es jedoch stets gewesen, Arbeitsprozesse im Umgang mit der Fertigstellung der GdP-Mitgliederzeitschrift oder der Aktualisierung des GdP-Web-Portals zu klären. So wurde auch in diesem Jahr immer wieder gefragt: Also, ich mach das so, und wie machst du das eigentlich?

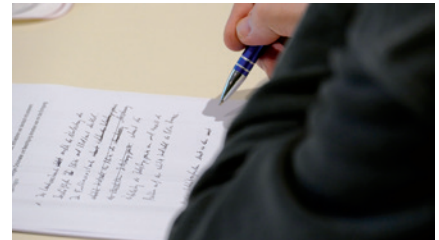
Die von GdP-Pressesprecher Rüdiger Holecek und dem Team der GdP-Bundespressestelle moderierten Tagungen beschäftigten sich ausführlich mit neueren gesetzlichen Grundlagen der Veröffentlichung selbst geschossener Fotos in verschiedenen Publikationen wie Zeitschriften oder auch sozialen Medien. Layout-Experte und Referent Rembert Stolzenfeld verwies im Besonderen auf das Vorhaben der Europäischen Kommission, alsbald mit einem Vorschlag zur Modernisierung des EU-Urheberrechts die Vorschriften

an das digitale Zeitalter anzupassen.

Während sich die GdP-Webredakteurinnen und -redakteure noch intensiv mit dem Kurznachrichtendienst Twitter, dem Thema Newsletter und dem Rückgrat des GdP-Web-Portals, dem Content-Management-System und den dort vorhandenen Instrumenten, auseinandersetzen, feilten

die Print-Kolleginnen und -Kollegen in einer sogenannten Textwerkstatt an persönlichen Schreibstilen und journalistischen Formen. Zudem erörterten sie Fragen der Bildsprache sowie den Einsatz bestimmter vorhandener Stilelemente im Zeitschriften-Layout.

mzo





Fotos (8): Rembert Stolzenfeld

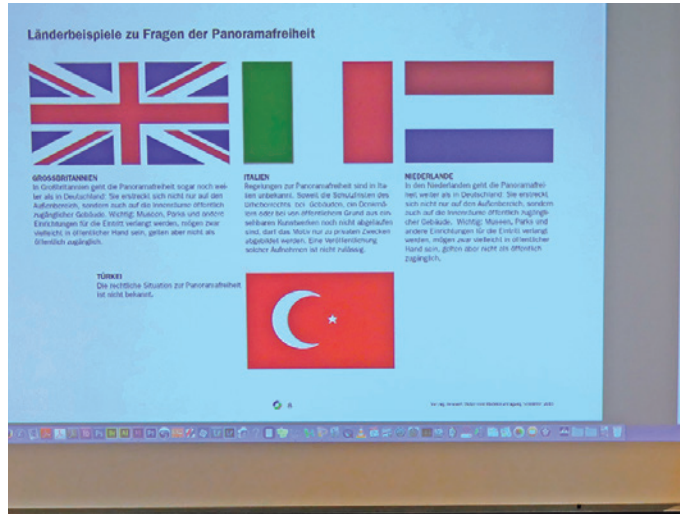


Foto: Zielasko



Kein Rezept für 100 Lebensjahre

Wie schafft man es, 100 Lebensjahre voll zu kriegen? „Ein Rezept habe ich nicht, aber ich empfehle, sich immer selber zu motivieren und sich nicht aufzugeben. Zudem habe ich Enkelkinder, die sich um mich kümmern und immer für mich da sind.“ Das sagt Friedrich Becker, der am 23. November im Kreise seiner Familie seinen 100. Geburtstag feierte. Zu den Gratulanten zählten der hessische GdP-Landesvorsitzende Andreas Grün und die Vorsitzende der Bezirksgruppe Frankfurt, Karin Schäfer. Bereits beim Ball der Polizei im vergangenen Jahr wurde er für seine 85-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit geehrt. Diese Veranstaltung gefiel ihm so sehr, dass er heute noch davon schwärmt.



Jubililar Friedrich Becker mit Hessens GdP-Chef Andreas Grün und Karin Schäfer, Vorsitzende der Bezirksgruppe Frankfurt.

Foto: privat

Der 1915 in Frankfurt am Main geborene Becker absolvierte nach der Schulzeit eine Ausbildung in einem Metallverarbeitungsbetrieb. Schon mit dem Beginn der Lehre trat er in die Gewerkschaft ein. Er sagt hierzu: „Entweder bist Du damals in eine Partei

Kapitalmarkt

■ **Beamtendarlehen** 10.000 €-120.000 €
 ■ Extra günstige Kredite für Sparfüchse
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
 ■ Baufinanzierungen gigantisch günstig

0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
 Seit über 35 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
 5.000 € bis 50.000 €
 Laufzeit 48 bis 120 Monate

Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €

www.Autokredit.center

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Fax: (0621) 178180-25
 Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
 Außerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 544,73 €, eff. Jahreszins 3,96%, Bruttobetrag 45.757,09 €, Sicherheit: Kein Grundschuldenbeitrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, keine Monatsrate Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldenversicherung.

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite
 Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.
 Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:
IFS Hans-Joachim Janke
 Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

!SOFORTKREDITE!
 vermittelt
PECUNIA GmbH seit 1980
Tel. 02 01/22 13 48
 Ablösung teurer Kredite u. Girokonten Kredite bis zum 80. Lebensjahr
 Ohne Auskunft bis 10.000 €.
 45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker **Seit 1997**

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
 Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎0800-33 10 332
 Andreas Wendholt • Kapital- & Anlagevermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

www.polizeifeste.de

www.PolizeiDeinPartner.de

JETZT INFORMIEREN!
 Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI DEIN PARTNER
 Gewerkschaft der Polizei
 Das Präventionsportal



oder in eine Gewerkschaft gegangen. Mit einer Partei hatte ich nicht viel am Hut, also wurde ich zum Kollegen!“

Während der Kriegszeit versah er Dienst bei der Wehrmacht und wurde zum Piloten ausgebildet. Er flog damals für die Seenotrettung. Seine Frau und er zogen aus diesem Grund nach Norderney, wo er stationiert war. Nach dem Krieg kamen die beiden zurück in die Main-Metropole. Er bewarb sich bei der Polizei und fing dort Mitte April 1946 an. Dienstlich war er lange Zeit beim heutigen Verkehrsdienst tätig.

Seine Zuständigkeit lag aufgrund seines technischen Verständnisses bei der Errichtung von Lichtzeichenanlagen.

Gute 20 Jahre später wurde er schließlich zum Polizeihauptmeister befördert und war bis zu seiner Pensionierung beim 10. Polizeirevier in Frankfurt-Niederrad tätig.

Familiärer Kontakt

Wichtig für Jubilar Becker ist vor allem der familiäre Kontakt. Durch

die Hilfe seiner Enkelkinder ist es ihm nach wie vor möglich, in seinem eigenen Haus zu wohnen und sich selbst zu verpflegen. „Und wenn es halt mal nicht so geht, kommt mein Enkelsohn und unterstützt mich.“

Zum Abschied lud Karin Schäfer Ihren Kollegen Becker noch zum nächsten Ball der Polizei im September 2016 ein. Er sagte bereits zu, an der Veranstaltung teilzunehmen und freue sich sehr über die persönliche Einladung.

Karin Schäfer

DP-INTERVIEW

„Der notwendige Respekt gegenüber der Polizei ist in der Bevölkerung nicht mehr vorhanden“

„Wir haben in den letzten 50 Jahren systematisch die Reputation staatlicher Sicherheitsorgane zerstört. Am Ende dieser Entwicklung haben wir eine Situation geschaffen, in der die Sicherheitsorgane ausgedünnt und mangelhaft ausgerüstet sind und zudem der notwendige Respekt in der Bevölkerung nicht mehr vorhanden ist“, sagte der Präsident des Deutschen Arbeitgeberverbandes Peter Schmidt in einem Gespräch mit dem rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Ernst Scharbach, in Mainz. Das Interview hat folgenden Wortlaut:

Scharbach: Wie wird aktuell das Verhältnis Polizei und Gesellschaft aus Sicht eines Unternehmerverbandes eingeschätzt?

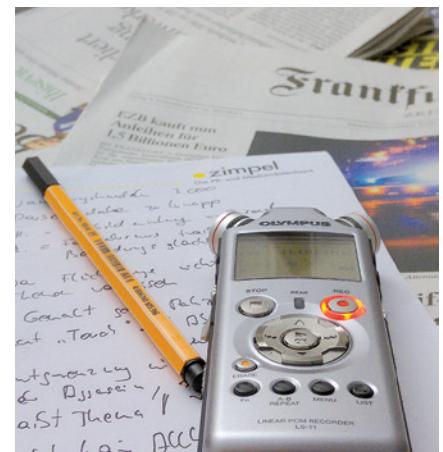
Schmidt: Zunächst einmal muss man festhalten, dass wir alle heute in einer Sicherheit leben können und dürfen, die alle Menschen vor unserer Zeit nicht kannten. Erstaunlicherweise ist die Dankbarkeit für dieses große Lebensglück, das uns alle betrifft, kaum noch vorhanden. Ich fürchte, auch nicht bei Unternehmern. Dass diese Sicherheit alles andere als selbstverständlich ist, erleben wir derzeit. Und leider könnte es ein schmerzlicher Lernprozess für viele werden.

Scharbach: Woher resultiert aus Ihrer Sicht diese fehlende Dankbarkeit?

Schmidt: Wir haben in den letzten 50 Jahren systematisch die Reputation staatlicher Sicherheitsorgane zerstört. Am Ende dieser Entwicklung haben wir eine Situation geschaffen, in der die Sicherheitsorgane ausgedünnt und mangelhaft ausgerüstet sind und zudem der notwendige Respekt in der Bevölkerung nicht mehr vorhanden ist. Jeder kann heute zwar seine Rechte herunterbeten, an die Pflichten hingegen darf man niemanden mehr erinnern. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass die Medien und auch Teile der Politik diese Demontage der Wehrhaftigkeit unserer Demokratie betrieben und betreiben oder zumindest wort- und tatenlos dabei zusehen haben.

Scharbach: Das heißt aber im Klartext, Sie plädieren dafür, dass die Bürger gefordert sind, dazu beizutragen, dass unsere Kollegen das nötige Ansehen und den nötigen Rückhalt bekommen?

Schmidt: Eindeutig. Die Menschen müssen verstehen, dass es ein großes Glück ist, morgens zum Bäcker gehen zu können ohne von Hecken schützen bedroht zu sein – klingt witzig, ist es aber für die meisten Menschen auf der Welt nicht. Das dem so ist, dafür riskieren andere Menschen – Polizisten und Sicherheitsorgane – ihr Leben. Und in der aktuellen Bedrohungslage wird unser Wohlergehen noch stärker in



den Händen dieser Menschen liegen. Genau genommen müssten wir alle täglich „Danke“ sagen. Und uns dafür einsetzen, dass wesentlich mehr Polizisten eingestellt werden und auch die Ausrüstung auf den aktuellsten Stand gebracht wird, um das Risiko der Polizisten, selbst Schaden zu nehmen, zu minimieren und auch den persönlichen Arbeitsdruck zu mindern, der heute schon absurd hoch ist.

Scharbach: Kommen wir auf die Unternehmer zurück. Wo sehen Sie deren Beitrag?

Schmidt: Ich hatte zu Anfang schon darauf hingewiesen, dass auch das Weltbild von Unternehmern aus meiner Sicht einer deutlichen Auffrischungskur bedarf. Als Privatperson



STRAFRECHT

NEU
ERSCHEINUNG

Fälle zum Strafrecht für Polizeibeamte

mit Lösungsskizzen, Musterlösungen und Bearbeitungshinweisen

Von **Barbara Blum, Frank Hofmann, Eva Kohler**.

1. Auflage 2015

Umfang: 296 Seiten / **Format:** Broschur, 16,5 x 24 cm

Preis: 24,90 € [D] / **ISBN 978-3-8011-0765-9**

Dieser Band stellt die strafrechtlich relevanten Studieninhalte fallbezogen dar. Dadurch erhalten die Studierenden konkrete Hilfestellungen, wie Klausuren im Gutachtenstil aufgebaut und formuliert werden. Im Rahmen des Selbststudiums können die Fälle zunächst selbst gelöst und anschließend mit der Musterlösung abgeglichen werden.

Zusammen mit den beiden VDP-Büchern „Strafrecht für Polizeibeamte“ Bd. 1 und Bd. 2 erhalten Studierende des Bachelor-Studienganges für den gehobenen Polizeidienst damit das Wissen zum Themenkomplex Strafrecht, welches für eine effektive Prüfungsvorbereitung und eine erfolgreiche Bewältigung des polizeiwissenschaftlichen Studiums notwendig ist.



DIE AUTOREN

Dr. Barbara Blum, Professorin für Straf- und Strafprozessrecht an der FHöV NRW, Studienort Bielefeld.

Dr. Frank Hofmann, Professor für Straf- und Strafprozessrecht an der FHöV NRW, Abteilung Münster.

Dr. Eva Kohler, Professorin für Straf- und Strafprozessrecht an der FHöV NRW, Studienort Dortmund.

Strafrecht für Polizeibeamte

Von **Holger Nimtz**.

Band 1: Grundlagen und Delikte gegen die Person

4. Auflage 2014

Umfang: 272 Seiten / **Format:** Broschur, 16,5 x 24 cm

Preis: 19,90 € [D] / **ISBN 978-3-8011-0730-7**

Band 2: Delikte gegen das Vermögen und gegen Gemeinschaftswerte

3. Auflage 2014

Umfang: 308 Seiten / **Format:** Broschur, 16,5 x 24 cm

Preis: 19,90 € [D] / **ISBN 978-3-8011-0733-8**



DER AUTOR

Dr. Holger Nimtz, Leitender Regierungsdirektor, Dozent für Straf-/Strafprozessrecht und Eingriffsrecht an der FHöV NRW, Leiter der Abteilung Köln.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
www.vdpolizei.de

en und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

sollte sich jeder fragen, ob er den Sicherheitsorganen nicht mehr Anerkennung schuldet. Zudem haben wir noch das Problem, dass immer mehr multinationale Konzerne sich der Steuerpflicht in dem Land entziehen, dass Ihnen die größte Sicherheit für Mensch und Eigentum bietet. In Amerika, so wird uns immer erzählt, geben die Unternehmer freiwillig Millionen für gute Zwecke. Aber haben Sie schon mal eine größere Spende von Google, Amazon oder

Apple auf dem Konto der Polizeistiftung bewundern können?

Scharbach: Erinnern kann ich mich nicht.

Schmidt: Ich schätze Sie auch deshalb so sehr, weil Sie selbst in schwierigen Situationen Ihren Humor nicht verlieren. Aber im Ernst: Unternehmer müssen eine Vorbildfunktion übernehmen. Unternehmer und Unternehmen spenden zum Beispiel für alles Mögliche. Eine Spendengala als Dank an

die Arbeit der Polizei ist mir jedoch nie untergekommen, obwohl es naheliegender wäre – würde man Respekt und Dankbarkeit empfinden. Hier ist aber das allgemeine Empfinden: das zahlt der Staat, was habe ich damit zu tun. Und dabei wird vergessen, dass Respekt eine persönliche Bringschuld ist. Und ich möchte abschließend noch erwähnen, dass mir einige Politiker einfallen, die ebenfalls jede Menge Nachholbedarf diesbezüglich haben.“

JU-JUTSU

Eigensicherung im Fokus – Das Polizeiseminar des Ju-Jutsu Verbandes Bayern

Zum mittlerweile achtzehnten Mal veranstaltete Mitte Oktober 2015 der Ju-Jutsu Verband Bayern parallel zu seinem Bayern- auch das sogenannte Polizeiseminar. Rund 80 Teilnehmer tauschten sich intensiv mit den erfahrenen Referenten aus und fuhren nach Auskunft der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit einem wertvollen Erkenntnisgewinn aus dem bayerischen Oberhaching wieder heim.

Vertreter nahezu aller Polizeien, von Justiz, dem Zoll und anderen Sicherheitsbehörden boten sich zahlreiche Unterrichtseinheiten mit dem Thema Terrorbekämpfung. Speziell beleuchtet wurde das Einschreiten gegen fanatische und gewaltbereite Personen, auch unter Einbeziehung der Eigensicherung. Dargestellt wur-

de, wie Sprengfallen funktionieren und sie sich erkennen lassen. Weitere Schwerpunkte lagen auf der Personendurchsuchung und der Transport-sicherung.

Deutlich wurde, dass die Selbstverteidigung und Eigensicherung aus dem Ju-Jutsu lebenswichtiges Handwerkszeug sein kann. Immer wieder

hoch im Kurs steht das Interesse an Einheiten mit speziellen Waffen.

Angriffe mit Waffen wie dem Tomahawk oder Kerambit ereignen sich sicherlich nicht alltäglich. Dennoch sind diese Trendwaffen weder nur im Kampfsport zu finden noch zu unterschätzen. Praktische Einheiten gab es auch im Schießen. Geübt wurde dabei ebenfalls das Vorgehen in Teams gegen bewaffnete Angreifer unter Verwendung der Schusswaffe. Erstmals waren beim Polizeiseminar Angehörige der Bundeswehr und der US-Army dabei.

Der hohe Anteil an Polizeibeamten im bayerischen Ju-Jutsu sieht der Verband gleichermaßen als Tradition und Verpflichtung. Interessierte können sich an folgende E-Mail-Adresse polizei@jjvb.de wenden oder die Internetseite www.jjvb.de besuchen.

**Medienteam Ju-Jutsu Verband
Bayern e. V.**



Fotos: Medienteam Ju-Jutsu Verband Bayern



SCHÜTZE DEIN
KIND



www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

P**LIZEI**
DEIN PARTNER

Gewerkschaft der Polizei

Das Präventionsportal

JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps
hierzu auf dem **Präventionsportal**
der Gewerkschaft der Polizei

Erneut Auszeichnung für Anti-Alkohol-Initiative BOB

Der Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr (B.A.D.S.) hat Anfang Oktober in Erfurt die Senator-Lothar-Danner-Medaille in Gold an die „Initiative BOB“ in Deutschland verliehen. An der Ehrung nahmen Vertreter der bereits mehrfach ausgezeichneten Initiative aus mehreren Bundesländern teil.

Stellvertretend für alle BOB-Aktivisten wurden Polizeidirektor Manfred Kaletsch (Polizeipräsidium Frankfurt/Main), Erziehungswissenschaftlerin und Fahrlehrerin Nadine Nagel (Landesinstitut für Präventives Handeln Saarland), Polizeikommissar und Rallyefahrer Marijan Griebel (Rheinland-Pfalz) sowie Discothekenbetreiber Thomas Wohlfart (Bayern) von B.A.D.S.-Präsident, Dr. Peter Gerhardt, geehrt. Er betonte, die „Initiative BOB“ habe im Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit hervorragende Arbeit geleistet und könne sich der weiteren Unterstützung durch den B.A.D.S. sicher sein. Der seit 1975 traditionell verliehene Preis gehe erstmals in seiner Geschichte an eine Institution.

Bewusst Verantwortung übernehmen

Nach Deutschland kam BOB im Jahre 2007 auf Initiative des Polizeipräsidiums Mittelhessen. Inzwischen existieren BOB-Initiativen in Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland. BOB kommt aus Belgien und ist keine Abkürzung. Das Präventionsprogramm BOB ist ein Synonym für bewusst praktizierte Verantwortungsübernahme beim Autofahren und Feiern mit Freunden. Es verzichtet auf den erhobenen Zeigefinger und bevorzugt die Ansprache der Zielgruppe der jungen Fahrer von 18 bis 24 Jahren auf Verstands- und Gefühlsebene. BOB ist dabei jede Person, die beim Zusammentreffen von Fahren und Alkohol Konsumverzicht übt, Verantwortung übernimmt und Mitfahrer



(v.l.n.r.): Dr. Peter Gerhardt (Präsident B.A.D.S.), Polizeikommissar Marijan Griebel (Rallyefahrer Rheinland-Pfalz), Erziehungswissenschaftlerin und Fahrlehrerin Nadine Nagel (Saarland), Polizeidirektor Manfred Kaletsch (Polizei Hessen), Discothekenbetreiber Manfred Wohlfart (Bayern)
 Fotos (2): B.A.D.S., Roland Rosinus, Hubert Lambert

Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr

Der B.A.D.S. wurde am 25. Mai 1950 unter dem Namen „Bund für alkoholfreien Verkehr“ auf Initiative des damaligen Präses des Amtes für Verkehr der Freien und Hansestadt Hamburg, Senator Lothar Danner, als gemeinnützige Vereinigung mit Sitz in Hamburg gegründet. Der Verein blickt damit auf eine 65-jährige Geschichte zurück. www.bads.de



Gruppenbild der BOB-Aktivisten aus Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz und Saarland



forum kriminal- prävention



www.forum-kriminalpraevention.de

Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

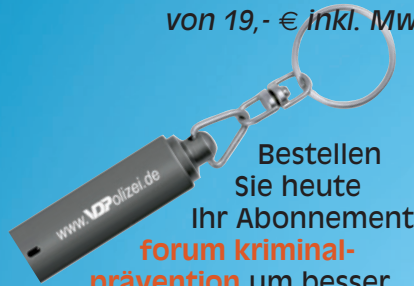


Buchtipps
Neues aus der Wissenschaft
Gewalt an Schulen
Jugenddelinquenz
Erziehung und Pädagogik
Kommunale Prävention
Einbruchsprävention
Sicherheitstechnik
Prävention in Europa
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –
forum kriminalprävention für nur

19,-€
jährlich,
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen
Sie heute
Ihr Abonnement
**forum kriminal-
prävention** um besser

informiert zu sein.
Als Dankeschön für Ihre
Bestellung erhalten Sie diese
LED-Lampe für Ihren
Schlüsselbund, die Sie auf
jeden Fall behalten dürfen.
Weitere Informationen über
die Zeitschrift und die
Stiftung erhalten Sie auf
www.vdpolizei.de
(auch online-Bestellungen)

Name, Vorname

Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer

Plz, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Datum, Ort

1. Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort

2. Unterschrift



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a · 40721 Hilden

Telefon 0211 7104-188 · Telefax 0211 7104-4188

www.VDPolizei.de

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalenderjahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.

Die Senator-Lothar-Danner-Medaille

Die Senator-Lothar-Danner-Medaille in Gold ist eine vom B.A.D.S im Jahre 1975 gestiftete Auszeichnung, die nach dem Gründer des Bundes, dem damaligen Präses des Amtes für Verkehr der Freien und Hansestadt Hamburg, Senator Lothar Danner, benannt ist. Sie wird in der Regel einmal jährlich im Rahmen eines Festaktes an eine Persönlichkeit verliehen, die sich in besonderer Weise um die Verkehrssicherheit verdient gemacht hat.

sicher nach Hause fährt. Ziel ist die Reduzierung von Verkehrsunfällen speziell bei jungen Fahrern und trägt das Erkennungszeichen, den von allen BOB-Initiativen ausgegebenen gelben Schlüsselanhänger. Wer ihn in den vielen teilnehmenden Gastronomiebetrieben vorzeigt und sich als BOB bekennt, erhält ein alkoholfreies Getränk als Anerkennung gratis.

Weniger alkoholbedingte Unfälle

Wichtige Akteure sind neben den bereits erwähnten Gastronomen die

Fahrschulen, Ausbildungsbetriebe, weiterführenden Schulen, Verkehrssicherheits-Institutionen, Jugendzentren und Sportvereine.

In einer wissenschaftlichen Studie hat die Justus-Liebig-Universität in Gießen nachgewiesen, dass sich BOB positiv auf die Verkehrssicherheit auswirkt. Festgestellt wurde, dass in der Region Mittelhessen nach der Einführung von BOB signifikant weniger junge Fahrer bei alkoholbedingten Verkehrsunfällen verunglückten als im übrigen Hessen.

B.A.D.S./Roland Rosinus

forum

LESERMEINUNG

Zu: GdP-Kampagne, DP 12/15

In der Dezember-DP habe ich nicht nur das Titelbild bewundert mit Jörg Radek, sondern auch das von ihm geschriebene Vorwort. Darüber hinaus sind auch der Artikel der „GdP-Kampagne gegen Personalmangel“ und das Interview Radeks lesenswert und wert, den Inhalt an die entsprechenden Politiker weiter zu leiten und auch mit der Bevölkerung darüber zu diskutieren.

Die Auftritte von Radek in den vergangenen Wochen im Fernsehen und Rundfunk sind ein klares Signal an die Politik, ihr Verhalten zu ändern. Ich habe eine Tochter, einen Schwiegersohn und einen Sohn bei der Polizei. Von daher und von meiner Tätigkeit als früherer stellvertretender Landesvorsitzender und heute als Seniorenvertreter im Kreisgruppenvorstand kenne ich die Problematik, mit der die Polizei zu kämpfen hat. Ich wünsche mir nur, dass die GdP den Medien klar macht, dass der Bundesvorsitzende der „Blauen“ sich zwar immer wieder zu Wort meldet, dass er im Grunde aber kaum für die Mehrheit der Polizeibeschäftigten sprechen kann, da seine „Gewerkschaft“ nur wenige Mitglieder vertritt.

Norbert Weinbach, Lorsch

Zu: Standpunkt, DP 11/15

Eigentlich wollte ich mich nur bei Herrn Radek bedanken, für den, meiner Ansicht nach, sehr sachlichen und konstruktiven Kommentar in der DP zum Thema „Flüchtlinge und Asylsuchende“. Doch beim Weiterlesen blieb ich dann beim „Standpunkt“ des Landesseniorenvorsitzenden Bayern, Herrn Klinger, hängen. Und den kann ich nicht unreflektiert stehen lassen:

Lieber Herr Klinger, Sie sollten – diese an Polemik schon sehr krassen Äußerungen zum Thema Flucht und Asyl – die auf eine doch sehr oberflächliche Betrachtungsweise hinweisen, mal tiefgründiger und grundlegender anschauen. Ich möchte Sie bitten, mal innezuhalten und eine „Gedankenpause“ zu machen, wie Herr Radek es treffend empfohlen hat!

Ich frage Sie: „Was hätten Sie denn für Wünsche an ein Land, in das Sie selbst vor Krieg und Terror in ihrem Land flüchten müssten? Stellen Sie sich diese Frage mal und versuchen Sie sie mal ehrlich zu beantworten. Oder fragen Sie mal Menschen in ihrer Umgebung, die Kriegsflüchtlinge waren, als der rechte Terror der Dreißiger- und Vierzigerjahre des vorigen Jahrhunderts in Deutschland seine Schreckensherrschaft verbreitete! Diese Menschen können ihnen sehr konkret sagen, was es heißt, Flüchtling zu sein. Ich begreife nicht, wie ein an Jahren gereifter Mensch wie Sie solche

Phrasen verbreiten kann! Was geboten ist in dieser Lage, in die sich die Flüchtlinge und Asylsuchenden nicht selbst gebracht haben, das ist Empathie und Humanität gegenüber den zu uns kommenden Frauen, Kindern und Männern! Und unser Grundgesetz sollten wir nicht weiter verändern. Wir sollten froh, sein ein Asylrecht zu haben, dass seinen Namen noch verdient. Es darf nicht noch weiter ausgehöhlt werden!

Ich möchte nicht auf Einzelheiten in ihren Ausführungen eingehen, möchte Ihnen aber das Angebot machen, mit mir mal persönlich in Kontakt zu treten. Dialog ist das Gebot der Stunde!

Die GdP hat die Kontaktdaten von mir und ich gestatte der Redaktion ausdrücklich, Ihnen diese mitzuteilen.

Werner Becker, Dresden

Zu: „25 Jahre GdP in Sachsen-Anhalt“, DP 12/15

Der Kollege Neubert schreibt unter anderem, „vorausgegangen war der GdP-Gründung 1990 die Bildung der Gewerkschaft der Volkspolizei als einzige Neugründung einer Gewerkschaft auf dem Gebiet der DDR“. Im Zuge meiner Studie über „Polizeigewerkschaften in der DDR“, die noch in der Bearbeitung ist, muss ich leider den von mir unterstrichenen Teil seiner Aussage in Abrede stellen: Am 12./13. Juni 1946 gründet sich in der DDR die Gewerkschaft „Industriegewerkschaft Öffentliche Betriebe und Verwaltungen“ (IG ÖBV). Sie ist in der Dachorganisation des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (FDGB) organisiert und hat eine eigene „Sektion Polizei“, in der die



allermeisten Polizeibeamten Mitglieder sind. Am 26. Juli 1949 wird zwischen der „Deutschen Verwaltung des Innern“ (DVdI) und der ÖBV eine Vereinbarung getroffen, die die Mitgliedschaft der Polizisten in der Gewerkschaft für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zur Polizei ruhend stellt.

Am 15. Januar 1990 wird die Ruhendstellung im Zuge der sogenannten Wende vom Innenministerium aufgehoben. Die überwiegende Mehrheit der Polizisten wird sich aber letztlich von der IG ÖBV und dem FDGB abwenden, um eigene Polizeigewerkschaften zu gründen – am 19. Januar 1990: Gründung der „Deutschen Volkspolizeigewerkschaft“ (DVPolG), die sich dem DBB anschließt. Tags darauf werden die „Gewerkschaft der Volkspolizei“ (GdVP), die sich dem DGB anschließt,

der „Grenzschutzbund in der DDR“ (GSB), der sich dem DBB anschließt, und „Verband der Kriminalisten“ (VdK), der sich keiner Dachorganisation anschließt, gegründet. Im Zuge der Wiedervereinigung orientieren sich die DDR-Verbände am bestehenden bundesdeutschen Polizeigewerkschaftssystem, lösen sich auf und schließen sich den vier großen bundesdeutschen Verbänden an: die DVPolG der „Deutschen Polizeigewerkschaft im dbb“ (DPoIG), die GdVP der „Gewerkschaft der Polizei“ (GdP) im DGB, der GSB dem „Bundesgrenzschutzverband“ (bgv) im DBB und der VdK dem „Bund Deutscher Kriminalbeamter“ (BDK). In den Folgemonaten bauen sie in den neuen Bundesländern die jeweiligen bundesdeutschen Strukturen auf.

Manfred Reuter, Hennef

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de



Vernetzte Gesellschaft. Vernetzte Bedrohungen.

Beherrschen wir die digitale Technik oder werden wir schon von ihr beherrscht? Fakt ist: Wir tanzen auf der Rasierklinge. Wer heute den Anschluss an die moderne Welt verliert, fällt ihr womöglich zum Opfer. Wo es verschmerzbar ist, als Verweigerer, als „old school“ oder als „Technik-Gruffie“ einsortiert zu werden, können andererseits der naive Umgang mit dem Netz oder sogenannten Sozialen Medien tiefe Wunden reißen, seelisch wie materiell. Dieses Buch rät zur Vorsicht, sicherlich auch zur Skepsis. Autor Joachim Jakobs zeichnet ein weitreichendes Szenario der digitalen Welt. Er nennt Begehrlichkeiten und zeigt Gefahren. Der Leser möge entscheiden: Was ist die digitale Welt, eher Fluch oder Segen?

Es ist allerhöchste Zeit, dass wir uns gegen die Bedrohungen wappnen, die aus unserer zunehmend vernetzten Gesellschaft resultieren, findet auch der Journalist und Datenschutzaktivist Joachim Jakobs: „Die vernetzten Bedrohungen der Informationsgesellschaft verlangen nach vernetztem Handeln!“

Die Digitalisierung der Gesellschaft wächst rasant, jeder von uns vernetzt sich immer dichter, auch werden immer mehr Prozesse aus den Bereichen Arbeit, Energie, Finanzen, Industrie, Behörde, Verkehr oder Gesundheits-

wesen digitalisiert. Doch wie kritisch hinterfragen wir all diese Möglichkeiten? Der Journalist und Datenschutzaktivist Joachim Jakobs sagt ganz klar: Wir wollen alle Möglichkeiten des Netzes nutzen, verfügen aber nicht über die nötigen Fähigkeiten, um die neue Technik sicher zu verwenden – ob privat oder beruflich. Wir sind zu bequem im Umgang mit den neuen Techniken, konsumieren zu unreflektiert und gehen viel zu lax mit sensiblen Daten um. In seinem Buch „Vernetzte Gesellschaft. Vernetzte Bedrohungen. Wie uns die künstliche Intelligenz herausfordert“ plädiert er für einen mündigen Umgang mit digitaler Technik und warnt vor Bedrohungen durch das Netz.

Zu Beginn geht Jakobs auf die aktuellen technischen Entwicklungen hin zu einer smarten Zukunft ein wie etwa die enorm wachsenden Speicherkapazitäten, die Spracherkennung, elektronische Überwachungsmöglichkeiten, die Möglichkeiten einer Fernsteuerung und den Onlinehandel. Allein dieser



Überblick lässt das Ausmaß der Veränderungen deutlich werden. Durch gezielte Fragen stößt Jakobs uns auf Leer- und Fehlerstellen der Datenverarbeitung und warnt vor einem möglichen Kollaps der Informationsgesellschaft. Der stehe zwar noch aus, sei aber in Reichweite. Äußerungen wie „Ich habe ja nichts zu verbergen“ seien naiv, denn jede personenbezogene Information sei für Großkonzerne bares Geld wert und werde natürlich verwertet.

Es könne nicht sein, so Jakobs, dass wir die wachsenden Vorteile neuer technischer Errungenschaften nutzen wollen, ohne die Gefahren zu durchdenken. Schließlich hatte bereits Cäsar die Grundlage der Informationssicherheit erkannt und zu Kriegszeiten Nachrichten an Feldtruppen verschlüsselt. Wir hingegen scheinen diesbezüglich eine Ignoranz zu entwickeln, die uns eine solche Sorgfalt vergessen lässt. Doch warum? Und vor allem: zu welchem Preis? Dies macht Jakobs an frappierenden Fallbeispielen deutlich wie zum Beispiel einem erfolgreichen Hackereingriff auf für die Versorgung wichtige Stadtwerke. Was ein entsprechender Angriff zur Folge haben kann, verdrängen wir allzu gern: Strom, Wasser, Gas – das alles könnte in den betroffenen Haushalten ausfallen. In anderen Beispielen berichtet Jakobs von virtuellen





Identitäten, die entweder ohne reale Vorbilder oder durch Identitätsdiebstahl eingerichtet wurden, teilweise mit dem Ziel, über gefälschte Accounts einzukaufen. Auch die Fernsteuerung elektronischer Hausanlagen und Autos ist bereits möglich – aber ist sie auch sicher? Was sich wie ein Science-Fiction-Thriller anhört, ist Realität. Jakobs belegt dies durch zahlreiche Beispiele digitaler Sicherheitspannen aus diversen Branchen, die zeigen, dass viele Unternehmen mit der Fülle an Problemstellungen überfordert sind.

Darüber hinaus gibt Jakobs praktische Hinweise, wie wir besser und sicherer miteinander kommunizieren können und worauf sowohl Privatpersonen als auch Unternehmen und Behörden achten sollten. Jakobs ruft mit diesem Buch deutlich dazu auf, die „Logik“ eines „Schneller – Höher – Weiter“ in puncto Vernetzung aller Bereiche kritisch zu hinterfragen.

red

Joachim Jakobs,
Vernetzte Gesellschaft. Vernetzte
Bedrohungen,
Civiale Verlag, 350 Seiten,
21,90 Euro,
ISBN 978-3-945219-15-7

SGB IX – Regelungen für behinderte und von Behinderung bedrohte Menschen und Schwerbehindertenrecht

Der hochgelobte Lehr- und Praxis-kommentar zum Sozialgesetzbuch IX ist in seiner vierten Auflage erschienen und beleuchtet das gesamte Behinder-tenrecht und die Arbeitgeberpflichten in Zusammenhang mit der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen noch umfassender als bisher. Für Poli-zeidienststellen und die dortigen Per-sonalverwaltungen, Personalräte und Schwerbehindertenvertretungen ist der LPK-SGB IX insbesondere auch deshalb so wertvoll, weil er sich ausführlich mit Entscheidungen der Gerichte zur Auf-hebung der Versetzung von schwerbe-hinderten Beamtinnen und Beamten in den vorzeitigen Ruhestand befasst. Die Herausgeber und Autoren kommen aus Wissenschaft, Justiz, Anwaltschaft und Verwaltung und sind mit den praxisre-

levanten Problemen des Behinderten-rechts bestens vertraut.

Für beschäftigungssichernde Maß-nahmen wie das Präventionsverfahren und das betriebliche Eingliederungs-management (BEM) nach längerer Ar-beitsunfähigkeit werden präzise Hand-lungsstrategien und die nach neuer Rechtsprechung bestehenden Informa-tions- und Mitwirkungsrechte des Per-

sonalrats und der Schwerbehinderten-vertretung dargelegt. Am Beispiel der Polizeireform in Baden-Württemberg wird herausgestellt, dass die Länder bei der Umstrukturierung von Behörden gehalten sein können, zur Sicherstellung der Schwerbehindertenvertretung Über-gangsmandate vorzusehen.

Neben dem besonderen Kündi-gungsschutz, urlaubsrechtlichen

Reise & Erholung



Wasser-Craft
rafting canyoning oetztal

Sommer Abenteuer bei uns

TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour
1x grillen am Lagerfeuer und
2 ÜF / Pension, DU-WC
Preis pro Person ab € 161
Ermäßigungen f. Polizeigruppen

office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at
Telefon: 0043 5252 6721



Gardasee – Ferienhaus

Herrliche Lage, traumhafter Seeblick, mitten im Naturpark „Alto Garda“, eig. Garten, große Terrasse, 2 komfort.Whng. komplett einger. (Sat-TV, Kü./Bad/Zentr.-Heiz.). Wellness können wir Ihnen nicht bieten aber ital. Ambiente und eine Traum-landschaft f. Wanderer, Biker u. Surfer, Baden im See.

Sie wären nicht der Erste, der immer wiederkommt. Für Polizei u. Angehörige bis **15% Rabatt.**

Hausprospekt unter:

Tel.: 0821-9069042 oder
08231-88369
Mail: ru-ho@t-online.de

www.casa-bellavista-ferienhaus.de

Mittlerer Schwarzwald

Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos, 50-90 m², für 2-6 Pers., ab 40 €/Tag. (Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unse-rem Schwarzwaldtal viele interessante Ausflugs-möglichkeiten (z. B. Europapark, Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger Wasserfälle) in nächster Umgebung und **Natur pur.** Hausprospekt unter Tel. 0 78 23/9 65 65, Fax 9 65 66
Machen Sie sich ein Bild unter **www.mittelschwarzwald.de**
Sie werden begeistert sein!

Urlaub auf dem Bauernhof im Berchtesgadener Land, Obb., 5****Fewo's, ruhig und sonnig. Pony, tolle Ausflugs-mögl., Nähe Salzburg, für 2-4 Pers. von 30,- bis 60,- € plus ger. NK.
Tel.: 086 56/837, **www.obermoarhof.de**

Franken bei Bamberg, eigene Metzgerei. Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 178,- €, Gruppenangebote an-fordern. Tel. 0 95 35/2 41, **www.zur-sonne-urlaub.de**



CanKick
...rickelnd anders

TOP ANGEBOT
1x Rafting & Canyoning
1x Grillplatte & Foto CD
2x ÜF/Pension DU-WC
Angebot pro Person
nur € 149,-

RAFTING - CANYONING - KLETTERSTEIG
ACTION & ABENTEUER // Tel. +43 5252 200 38
info@cankick.at // **www.cankick.at**





Grundsatzentscheidungen, Zuständigkeitsabgrenzungen für die Erbringung von Teilhabeleistungen und den Vorschriften zur Wahl der Schwerbehindertenvertretungen werden auch die Anknüpfungspunkte an das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, die UN-Behindertenrechtskonvention und die Auslegungen des EuGH intensiv beleuchtet und machen den LPK-SGB IX so zu einem unverzichtbaren Beraterkommentar.

Dr. Michael Karpf, Stuttgart

Sozialgesetzbuch IX – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen, Lehr- und Praxiskommentar, Dirk H. Dau, Prof. Franz Josef Düwell, Prof. Dr. Jacob Jousen, Nomos Baden-Baden, 4. Auflage 2014, 1.362 Seiten, Gebunden, 98 Euro, ISBN 978-3-8487-0168-1

Generation Allah – Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen

Ahmad Mansour ist Diplom-Psychologe und lebt seit 2004 in Berlin. Im Projekt „Heroes“ arbeitet er mit Jugendlichen gegen gewaltlegitimie-

rendes Ehrempfinden und im Rahmen von „Hayat“ gegen religiösen und fundamentalen Extremismus. In seinem Buch: „Generation Allah – Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen“ widmet er sich der Frage, warum Jugendliche in den Dschihad ziehen. Dabei berichtet Mansour aus seiner persönlichen Vita und bringt Beispiele aus der Arbeit mit den Jugendlichen und ihren Familien. Seine Analyse offenbart nicht nur, dass die Bedürfnisse junger Menschen regelmäßig von Islamisten besser verstanden werden. Die Hinwendung in fundamentalistische Kreise hängt oft auch mit Mangelempfinden und Erfahrungen des Scheiterns zusammen, die sie anfällig für islamistische Seelenfänger macht.

Mansours Buch ist topaktuell. Seit Jahren verschärft sich das Problem der Radikalisierung von islamischen



Jugendlichen, kontinuierlich steigt die Anzahl derer, die nach Syrien oder in den Irak ausreisen. Gerade in Anbetracht der Flüchtlingskrise und den brennenden Fragen nach Konzepten der Integration und Vermittlung demokratischer Werte ist das Buch ein wichtiger Beitrag. Mansour sieht Möglichkeiten zur Intervention unter anderem im Schulunterricht und fordert die Anpassung der Lehrpläne, beispielsweise auch, um dem grassierenden muslimisch geprägten Antisemitismus zu begegnen.

Die Stärken des Buches liegen in den lebendigen Beispielen und in seinen klaren Aussagen. Der Autor appelliert, demokratische Werte endlich wieder als Privileg zu begreifen, sie konsequent zu verteidigen und nicht einfach zu übergehen, weil man sich mit Vertretern großer Moscheegemeinden gutstellen möchte. Am Schluss bleibt die Kernfrage „Ist der Islam reformierbar oder nicht?“ stehen. Jeder Leser ist aufgefordert, sich mit dieser Frage selbst auseinanderzusetzen.

Dorothee Dienstbühl

Generation Allah. Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen, Ahmad Mansour, S. Fischer Verlag, Sachbuch, Hardcover, 273 Seiten, 19,99 Euro, ISBN 978-3-10-002446-6



Nr. 1 • 65. Jahrgang 2016 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Deutsche Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/
Pressestelle**
Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holecek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,
10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und in der GdP-APP verbreitet.



**VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft
der Polizei**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016



Druckauflage dieser Ausgabe:
180.074 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel

Foto:
mm-pictures GmbH

Gestaltung:
karadesign



UNSER KLASSIKER – AUCH ONLINE

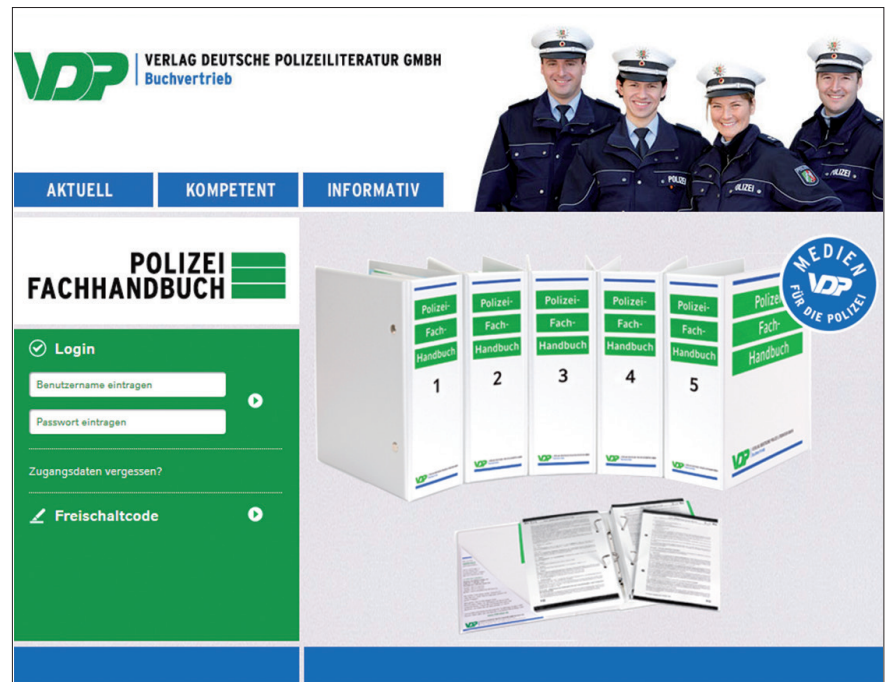
Das Polizei-Fach-Handbuch ist der umfassende Ratgeber für die Polizeipraxis sowie für die Aus- und Weiterbildung. Mit der digitalen Ausgabe erhalten Sie zusätzlich eine komfortable und schnelle Recherchemöglichkeit.

Bezugsmöglichkeit

Die online-Ausgabe ist für einen Jahreslizenz-Preis von 88,80 € erhältlich.

Unser Angebot für Abonnenten der Loseblatt-Ausgabe

Sie können einen online-Zugang zum Preis von 1,00 € auf die jeweilige Nachtragslieferung erwerben und damit für einen Betrag von nur 5,00 €/Jahr alle Vorteile der digitalen Ausgabe nutzen.



The image shows a screenshot of the VDP website. At the top left is the VDP logo and the text 'VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb'. Below this are three navigation tabs: 'AKTUELL', 'KOMPETENT', and 'INFORMATIV'. The main content area features a green 'Login' section with a checkmark icon, a 'Benutzername eintragen' field, a 'Passwort eintragen' field, a 'Zugangsdaten vergessen?' link, and a 'Freischaltcode' field with a right-pointing arrow. To the right of the login section is a photograph of five physical handbooks numbered 1 to 5, each with a green spine and 'POLIZEI-FACH-HANDBUCH' printed on it. Above the handbooks is a photo of four police officers in uniform. A circular badge on the right says 'MEDIEN FÜR DIE POLIZEI' with the VDP logo.

www.polizeifachhandbuch.de

Das Polizei-Fach-Handbuch online auch über Android-Smartphone oder iPhone mit optimierter Darstellung nutzen.

Laden Sie einfach die App im Store kostenfrei herunter und loggen sich mit Ihren Zugangsdaten ein.

Interessenten steht eine Demo-Version zur Verfügung.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de